

Demokrat

Österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—

vierteljährlich . . . 48.—

halbjährig . . . 96.—

ganzzährig . . . 192.—

Für Deutschland
monatlich 5K 600.—, für
Deutschland 3K 40.—.

Ercheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Und bei uns?

Die Ereignisse der letzten Wochen haben mit erschreckender Deutlichkeit den furchtbaren sittlichen und seelischen Tiefstand gerade der sogenannten gebildeten Kreise des Bürgertums in Deutschland aufgezeigt. Auch bei uns mußte man gewahr werden, daß der verruchte Geist, der dort zum organisierten Mord führte, hier seine Befehle, Bewunderer und Verehrer hat. Gewiß, es haben in Deutschland wie bei uns manche deutschbürgerlichen Zeitungen über die von der alldeutsch-monarchistischen Mörderkamarilla geübte Taktik des Abschachtens republikanisch und demokratisch fühlender Männer Worte des ehrlichen Abscheus und der schärfsten Verurteilung gesprochen, aber mindestens ebenso häufig waren die Stimmen jener, welche die deutschnationalen Mordtaten entweder zu entschuldigen, zu „erklären“ oder zu rechtfertigen suchten. Man sah in diesen Tagen, wie gerade jene Kreise, die uns und Deutschland noch vor vier Jahren regierten, oder doch die stärksten Stützen des damals herrschenden Systems waren, eine Gesinnung und Befähigung offenbarten, die alle Gesetze der Moral, des Rechtes und dessen, was wir Menschlichkeit nennen, höhnvoll mit Füßen traten. Die Aufdeckung der weitverzweigten monarchistischen Verschwörerorganisationen in Deutschland weist mit Untrüglichkeit darauf hin, daß die Mordtaten nicht etwa bloß einem kleinen Kreis verheerter Menschen angehören, sondern daß die sittliche Verwahrlosung, die Besessene des wahnwitzigen Chauvinismus sehr weite Bevölkerungskreise erfaßt haben. Und aus dem Verhalten und so manchen Äußerungen dieser Kreise in Deutschland und bei uns geht hervor, daß sie, welche die einzig wahren und richtigen Anwälte des Deutschtums sein wollen, jedweden Gefühls dafür bar sind, wie sehr ihre Gesinnung und ihr Treiben das Ansehen des deutschen Volkes bei allen anderen Völkern schändet und wie ihr infernalischer Haß alles zusammentritt, woran der andere Teil des deutschen Volkes mit blutenden, zerfetzten Fingern baut.

Unmittelbar nach der Mordtat an Rathenau, da beseligte sich die deutschnationale Presse bei uns, dem Muster der alldeutschen Mörderpresse im Reiche folgend, das Attentat als aus bolschewistischen oder persönlichen Motiven entstammend hinzustellen. Als dann die Fäden aufgedeckt, die Mörder festgestellt und eine Reihe ihrer Helfer verhaftet worden waren und es also kein Verschönigen und Vertuschen mehr gab, fädelte diese Schandpresse um und übte sich darin, für die Mörder tausend Entschuldigungen und Gründe zu suchen, wobei sie den Ermordeten als Vaterlandsverräter verurteilte und vielfach eigentlich schon in dem Umstande, daß er Jude war, die vollständige Rechtfertigung für seine Abschaffung erblickte. Bei uns kam noch ein Uebrigens dazu: während in Deutschland die kirchliche Presse, wohl mit Rücksicht auf die von denselben Mordtaten durchgeführte Ermordung des Zentrumsführers Erzberger, in der Beurteilung der verruchten Tat einig war, haben bei uns der „Gsch“ und die „Tagespost“ — das sind die Blätter des Prager Erzbischofs und des Brünner Bischofs! — und noch einige andere katholisch-kirchliche Blätter den Mord an Rathenau nicht nur verteidigt und verherrlicht, sie haben auch weitere Morde in Aussicht gestellt und haben ihren fromm-gläubigen Lesern zur höheren Ehre Gottes und der von ihnen erwarteten Wiederkehr der Monarchie die menschenverachtende und aller Feinde des wahren Christentums und der christlichen Weltordnung“ bringend ans Herz gelegt. Man hätte selbst angesichts dieser Ausflüsse sittlicher Entartung die mordlüsternen Äußerungen lediglich als der Verkommenheit ihrer unmittelbaren Urheber, der betreffenden deutschnationalen und kirchlichen Redakteure halten können, wenn nicht das Verhalten ihrer Parteigänger bewiesen hätte, daß auch sie auf keiner höheren Stufe der Gesinnung und Befähigung stehen und im namenlosen verblendeten Haß gegen die Demokratie und die republikanische Staatsform nachgerade bei der Enttarnung jedweden, an Andersdenkenden

Tschechischer Ueberfall auf deutsche Turner.

Steinbombardement und Revolverhüffe auf einen Turner-Zug in der Station Wiesa-Oberleutensdorf. — Mehr als 20 Verwundete.

Komotau, 8. Juli. (Eigenbericht.) Heute nachts wurde in der Station Wiesa-Oberleutensdorf ein Sonderzug, der die Teilnehmer des Verbandsturnfestes des Gauces Ostböhmens des tschechischen Turnverbandes nach Komotau bringen sollte, von etwa hundert bis zweihundert tschechischen Nationalisten überfallen. Die empörenden Vorfälle, die sich um vierhalb zwei Uhr nachts bei dieser Gelegenheit abspielten, lassen erkennen, daß es sich um einen planmäßig vorbereiteten Ueberfall handelte. Die Angreifer waren mit Knütteln, Faustfaulen, Bajonetten, Revolvern, Revolvern und Sireupistolen bewaffnet und eröffneten zunächst auf den stehenden Zug ein Steinbombardement. Auch geschossen wurde auf den Zug. Nach-

dem sich die Angreifer mit Gewalt Zugang zu den Waggonen verschafft hatten raubten sie dort drei Fahnen, aber auch Rucksäcke, Handtaschen und Geldtaschen. Der Lokomotivführer wurde durch Drohungen am Weiterfahren verhindert.

Die Gesamtzahl der Verletzten steht nicht genau fest; ein Teil der Verwundeten wurde von einem mitfahrenden Arzt im Zuge verbunden. Bei der Ankunft in Komotau meldeten sich 22 Verwundete, wovon sich dreizehn Personen zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus begeben mußten.

Da morgen in Oberdorf bei Komotau gleichzeitig mit dem Verbandsturnfest auch ein Sokolfest stattfindet, so ist die Gefahr weiterer Zusammenstöße gegeben.

Der Bericht, den uns unsere Komotauer Gewährsmänner übermittelt, ist in seiner Leidenschaftlichkeit musterhaft und es spricht aus ihm das anerkanntswürdige Bemühen, die hochnationalen Passen, dem das Vorgehen der tschechischen Angreifer entspringt, nicht noch höher gehen zu lassen. Aber wenn auch ohne Leidenschaft, so müssen wir doch, empört über diese traurigen Vorfälle, an die Machthaber dieses Staates die Frage richten, ob es ihnen nun nicht doch endlich zum Bewußtsein kommt, daß es so wie bisher einfach nicht weitergeht. Die blutigen Vorfälle, die sich vor kaum zwei Wochen in Leitmeritz abspielten, haben Schufe gemacht und wir müssen die Mitschuld daran den verantwortlichen Leitern der Republik zusprechen, weil sie diesem Treiben der nationalistischen Hege vollkommen untätig gegenüberstehen. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, daß die Regierung im Fall Leitmeritz irgend etwas unternommen, die Schuldigen festgestellt, zur Verantwortung gezogen und bestraft hätte. Und so nehmen denn die Radaubröder mit ziemlicher Berechtigung an, daß ihnen kein Haar gekrümmt werden wird, mögen sie auch noch so viel mit Revolvern und Knütteln hantieren, mögen sie auch noch so vielen Deutschen die Schädel einschlagen.

Der Ueberfall in Wiesa-Oberleutensdorf war — darüber besteht nach obiger Darstellung kein

verübten Verbrechens, angefangen sind. Das redet und deklamiert von Ehre, Moral, christlicher Weltanschauung, deutscher Treue, Bildung, Patriotismus und Sittlichkeit, dabei haben diese Bekenner des „nationalen“ und „christlichen“ Gedankens einen Grad der Entfremdung und Verliertheit erreicht, der sie auf die Stufe der Moralauffassung von Verbrechern gemeinster Art stellt.

Dieser sittliche Verfall ist im sogenannten gebildeten Bürgertum unserer Tage so weit fortgeschritten, daß man von jenen, welche dieser moralischen Fäulnis noch nicht anheimgefallen sind, nur mehr als von vereinzelt und immer einsamer werdenden Ideologen sprechen kann. Er hat, wie alle Wandlungen in den sittlichen Anschauungen einer Klasse soziale Ursachen. Die Angehörigen und das Gefolge der bürgerlichen Klasse, die ehemaligen Offiziere, Studenten, weite Kreise der Angehörigen der intellektuellen Berufe, Kapitalisten in Deutschland wie bei uns, politisch und wirtschaftlich ohne tieferen Blick, empfinden die durch den Krieg herbeigeführte Verschiebung der Machtverhältnisse als unerträglich und erliegen leicht dem nationalen Phrasenschwall, der ihnen verspricht, daß alles wieder anders werden würde, wenn erst Republik und Demokratie beseitigt, die Monarchie im alten Glanz wieder hergestellt sein werden. Die Monarchie hielt die Arbeiter nieder, während die Republik und Demokratie trotz aller Entartungen, die sie augenblicklich noch aufweist, ihren Einfluß in Fabrik, Werkstatt und in den gesetzgebenden wie verwaltenden Körperschaften vermehrte. Am schwersten empfindet aber die vom Dünkel des Klassegeistes erfüllte deutsche Bourgeoisie die Verringerung ihres gesellschaftlichen Abstan-

Zweifel — nicht etwa die Folge einer „Provokation“ oder eines „Gerüchtes“, worauf sich ja die Messerhelden stets so gerne ausreden, sondern der Ueberfall war planmäßig vorbereitet, der Trupp von hundert bis zweihundert tschechischen „Kämpfern“ hatte seine Aufgabe genau vorgezeichnet. Schon die kriegsmäßige Ausrüstung, in der die Angreifer stelen, beweist, daß der Ueberfall langer Hand vorbereitet war.

Angesichts dieses neuerlichen blutigen Vorfalles stellen wir an die Regierung nochmals eindringlich die Frage, ob sie nun energisch eingreifen gedenkt. Wohin soll das führen, wenn in den gemischtsprachigen Gebieten nicht endlich Wandel geschaffen wird? Will man etwa abwarten, bis sich solche blutige Ereignisse nicht in Abständen von ein oder zwei Wochen, sondern täglich abspielen? Muß noch mehr Blut fließen? Muß es erst Tote geben, ehe dem Wüten der tschechischen Chauvinisten Einhalt geboten wird? Wir waren die Leiter dieses Staates, denn es ist nicht abzusehen, welche Folgen ein weiteres Schüren des nationalen Hasses nach sich ziehen muß. Die Messer- und Revolverhüffe von Leitmeritz und von Wiesa-Oberleutensdorf sind verantwortungslos Gefellen; die Verantwortung können und müssen infolgedessen nur ihre Hintermänner, die Hege und die freventlich-tolerante Regierung tragen.

bes von der Arbeiterschaft. Diesen gesellschaftlichen Abstand wußte die Monarchie durch die Verleihung von Titeln, Würden und Orden zu wahren, während die Republik doch einigermaßen mit dem alten Munder vergangener Zeiten aufträme. Aber die Republik hat der heutigen Generation der intellektuellen bürgerlichen Klasse nicht nur ihr gesellschaftliches Ansehen und ihre politischen Vorrechte genommen, sie hat ihr auch manche Möglichkeiten der Karriere verschlossen und sichert sie auch materiell weniger, als es die Monarchie tat, die ihr Stütze und Leiter des Emporkommens war. Darum ist der deutschen Bourgeoisie die Republik und die mit ihr verbundene politische Gleichberechtigung in tiefster Seele verhaßt und sie wiegt sich in dem Traume, daß, wenn die Republik zusammenbricht, für sie wieder die frühere goldene Zeit, da der Staat ihr Werkzeug war, anbrechen werde.

Diese Veränderung in der sozialen und gesellschaftlichen Stellung gewisser Kreise des Bürgertums haben auch dessen sittliche und moralische Entwurzelung bewirkt, in einer Weise, daß ihnen gegenwärtig selbst der Mord an allen, welche der Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse im Wege stehen, als etwas durchaus erlaubtes erscheint. So zeigt sich diese Klasse als immer unfähiger, die verbauten Wege zur sittlichen und moralischen Befundung des Volkes zu ebnen und sie verweigert die Verwahrlosung, in welche die Arbeiter durch die Verrohung und Bestialität des Krieges gestoßen wurden. Das ist bei uns nicht anders wie im Reiche. Hier wie dort muß daher die Arbeiterklasse gegen den Geist des Mordes den gleichen Kampf führen.

Das Konfiszieren beginnt wieder.

Der Prager Staatsanwalt hat unser Blatt gestern zum zweitenmale in dieser Woche konfisziert! Das erstmal verteilte drei Zeilen seinem Konfist, die eine Kritik eines Urteils des Königinhofer Gerichtes über Arbeiter, die des Bergens gegen das Terrorgesetz angeklagt waren, enthielt. War es schon unerhört, daß der Staatsanwalt unser mit Rücksicht auf seine Empfindlichkeit ohnehin nicht allzuscharfes Urteil beschlagnahmte, so ist die gestrige Konfiskation, welcher der größte Teil des Artikels „Der Geist des Militarismus“ zum Opfer fiel, ein ausgesprochenen Stundal, der nicht ohne Antwort bleiben darf. Bei dieser Konfiskation haben politische Behörden und Staatsanwalt einander wieder einmal sorgfältig in die Hände gearbeitet, wohl um zu beweisen, wie groß das Interesse der Machtlassen im Staate ist, daß die Bevölkerung über die Idee, das Ziel und die Wirkungen des Militarismus die Wahrheit nicht erfährt. Ein Vergleich dieser Konfiskation mit ähnlichen im alten Oesterreich selbst zu dessen reaktionärsten Zeiten muß zu Ungunsten der Demokratie dieses Staates ausfallen. Die Dummheit und Dreistigkeit der österreichischen Staatsanwälte war wohl groß, aber zu ihrer Ehre sei es gesagt, eine ähnliche Konfiskation, wie die gestern an unserem Blatte verübte, hätten sie nie gewagt. Es wird wohl noch Gelegenheit sein, der Oeffentlichkeit zu zeigen, was der Prager Staatsanwalt für staatsgefährlich befindet und daß der Inhalt des konfiszierten Teiles des Artikels auch nicht an einer Stelle das selbst in Oesterreich geübte übliche Maß der Kritik an der Einrichtung des Militarismus übersteigt. Diesen dreisten Angriff des Zensurs kann und darf sich die Partei nicht gefallen lassen, soll nicht der letzte Rest von Pressefreiheit der Laune und Willkür des Staatsanwaltes preisgegeben werden.

Der konfiszierte Artikel beschästigte sich mit dem neuen, wiedererstandenen, dem tschechischen Geiste des Militarismus, der sich besonders anläßlich der Gedenkfeier an die Schlacht von Zborov, die in Prag vorige Woche gehalten wurde, deutlich zeigte. Auch ohne diese Artikel müßte jeder, der die Aufmachung bei dieser Feier mitmachte, erkennen, wie es um die von den tschechischen Machtlassen und ihren publizistischen Organen erhobene Behauptung steht, daß wir keinen Militarismus haben. Es war nur unser selbstverständliches Recht und die Ausübung unserer Pflicht, auf die schädliche Wirkung dieses Geistes der bei der Feier vorgeführten Schauspiele und der dort gehaltenen Reden sowie das Verhalten des Publikums hinzuweisen und hiebei warnend und mahnend Kritik zu üben. Daß diese Kritik den imperialistischen Kreisen dieses Staates unangenehm ist, glauben wir schon. Aber sie irren und auch der Herr Staatsanwalt irrt, wenn er glaubt, den Militarismus und seine Auswirkungen zu einem noli me tangere machen zu können, dem gegenüber auch nicht ein Wort der Kritik oder des Bedenkens gewagt werden darf. Würde sich die Praxis, die gestern der Staatsanwalt übte, einbürgern, dann dürfte überhaupt kein Wort mehr über den das Volk schwer belastenden und neue Kriege heraufbeschwörenden Geist des Militarismus und Imperialismus gesagt werden, ein Zustand, der unerträglich wäre und der für den Geist des Fortschrittes und der Freiheit sowie der Entwicklung des Staates die größte Gefahr bedeuten müßte. Darum sei es dem Herrn Staatsanwalt auf den Kopf zugesagt, daß sich Mittel und Wege finden werden, um seinen Eifer, mit dem er beflissen dem Imperialismus hiezulande zu dienen bestrebt ist, einzudämmen.

Ueber die „Demokratie“, die sich in dieser österreichischen Handhabung der Zensur äußert, viel Worte zu verlieren, lohnt nicht der Mühe. Denn das Urteil über sie steht längst fest. Von dieser Art der Demokratie, welche es ganz in der Ordnung findet, daß die oppositionelle Presse der Laune und Willkür jedes beliebigen Staatsanwaltes preisgegeben wird, bis zu dem Zustand, da die Genarmen wieder wie einstmals in die Redaktionen kommen werden, um nach den Manuskripten der konfiszierten Artikel zu schauen, ist nur mehr ein Schritt. Leben wir wirklich in einer „freien Republik“, wie Lobredner dieses Staates gerne behaupten, so müßte der Justizminister den Staatsanwalt wegen dieser freivolent Beschlagnahme zur strengsten Verantwortung ziehen. Darauf ist wohl kaum zu hoffen. Dennoch irrt der Staatsanwalt, wenn er glaubt, daß sich die Presse nunmehr schon alles gefallen lassen muß. Auch zu dieser Gade wird ein Stiel gefunden werden.

Getreidezölle, Landwirtschaft und Arbeiter.

Immer wieder hören wir unsere Agrarier nach der Einführung von Einfuhrzöllen auf Agrarprodukte rufen und sehen sie auch mit einer Fähigkeit sondergleichen um die Erfüllung dieser Forderung kämpfen. Sie sehen und wollen auch nicht sehen, welche furchtbare Folgen für die arbeitenden Klassen die Erfüllung dieser Forderung nach sich ziehen würde.

Ihr Hauptargument ist die Konkurrenz des Auslandes. Wenn die heimische Landwirtschaft nicht durch Einfuhrzölle geschützt und in ihrer Entwicklung gefördert wird, so wird sie die ausländische Konkurrenz zugrunde richten. Gehen wir auf diese Frage etwas näher ein, und wir werden bald sehen, daß gerade dieses Argument am wenigsten stichhaltig ist. Haben wir die ausländische Konkurrenz zu fürchten? Rußland kommt für eine ganze Reihe von Jahren nicht in Betracht. Europa wird sich noch ziemlich lange Jahre ohne die russische Kornammer behelfen oder seinen Bedarf an Getreide aus den überseeischen Staaten decken müssen. Von diesen lägen gegenwärtig neben Indien die Vereinigten Staaten, Australien und Argentinien in Betracht. Aber auch diese kommen für unseren Inlandsmarkt nicht so sehr in Frage, denn die überseeischen Getreideproduzenten konnten infolge der Wirtschaftskrise ihre Produkte nicht gut genug verkaufen. Auch die mangelhafte Organisation des Kreditwesens erschwerte ihre Lage, was eine Einschränkung der Produktion zur Folge hatte. Da aber die Produktion an sich schon im vergangenen Jahre wesentlich geringer war als vor dem Kriege, und auch große Mengen Getreide verheert wurden, so ist mit alten Vorräten nicht gut zu rechnen und wird im kommenden und wahrscheinlich auch in den folgenden eher mit einer Knappheit als mit einem Ueberfluß von landwirtschaftlichen Produkten zu rechnen sein. Dies wissen aber die Agrarier genau so gut wie wir. Trotzdem gehen sie aber immer mit dem Schreiegepenst des Ruins, der von draußen kommt haufieren, weil es ihnen so am leichtesten möglich ist, viele Bauern und auch Kleinbauern, welche die Gefahren, welche ihnen durch die Aorazölle drohen, nicht sehen, für ihre unsauberen Pläne zu gewinnen und einzuspinnen, ehe sie zu denken beginnen. Nicht um eine Intensivierung der Bodenbewirtschaftung geht es ihnen, sondern um die müßelose Einheimisierung höherer Profite. Wer glaubt denn heute noch das Märchen, daß in einem Lande, das bei irgendeinem Artikel auf die Einfuhr angewiesen ist, die Produktion bei diesem Artikel erhöht wird, wenn ein Einfuhrzoll auf ihn eingehoben wird? Das Gegenteil tritt ein. Die Intensivierung der Erzeugung läßt nach, macht einer langsamen, gemächlichen Entwicklung Platz. Gerade dieses Eingeständnis auf die Bedürfnisse eines vorbehaltenen, durch die Zollpolitik kampflos geschützten inneren Marktes war der Industrie der alten Monarchie zugleich zum Segen und zum Verhängnis. Es gab ihrer Entwicklung eine außerordentliche Stetigkeit und bewahrte sie vor krisenhaften Rückschlägen, wie sie in periodischen Abschwüngen der Industrie der höher entwickelten und mit dem Weltmarkt enger verflochtenen Staaten erlitt. Aber es war ein zweifelhafter Gewinn, den die Industrie aus ihrem geschützten Frieden zog. Er schlieferte ihre Energien ein, er konzentrierte mit dem Lebensfähigen viel Lebensunfähiges und erweiterte so ständig den Abstand, der sie von den immer rascher fortschreitenden anderen Industrien Europas trennte.

Nicht anders liegen die Dinge heute bei unserer Landwirtschaft. Wir müssen aber ein Interesse daran haben, daß unsere Landwirtschaft mit größter Intensivität arbeitet, dem Boden fast abpreßt, als nur möglich ist, um in den Lebensmitteln vollständig unabhängig vom Auslande zu werden. Diese Intensivität kann aber nur durch die Konkurrenz erreicht werden. Je größer die Konkurrenz, desto intensiver muß der Betrieb werden, um standzuhalten. In unserer Handelsbilanz befindet sich eine ganz hübsche Summe, welche wir für Agrarprodukte aus dem Auslande ausgeben. Diese könnte uns erspart bleiben, könnte der heimischen Landwirtschaft zugute kommen, wenn sie sich entschließen wollte zu einer intensiveren Bewirtschaftung des Bodens zu schreiten. Daß unsere Getreideproduktion beträchtlich gehoben werden könnte, zeigen nachstehende Zahlen.

Nach Schindler*) betrug das Gesamtmaß des Ackerbodens in Oesterreich-Ungarn im Jahre 1913 10.616.453 Hektar. Von dieser Fläche waren 10.295.756 Hektar bebaut und 320.697 Hektar, das sind 3,02 Prozent des Gesamtmaßes, als Brache liegen geblieben. In der Tschechoslowakei betrug im Jahre 1920 die Gesamtackerfläche 5.969.844 Hektar, von welcher 5.605.949 Hektar bebaut waren. Als Brache sind 363.895 Hektar, d. i. 6,1 Prozent liegen geblieben. Die Mehrproduktion könnte bei einem Durchschnittsertrage von zehn Zentner Weizen pro Hektar insgesamt 3.638.500 Zentner Weizen ergeben.

Der durchschnittliche Ertrag pro Hektar betrug in den Jahren 1903 bis 1912 in der Monarchie bei Weizen 13,3 Zentner, bei Roggen 13 Zentner. In der Tschechoslowakei betrug der Hektarertrag im Jahre 1920 beim Weizen 11,35 Zentner und beim Roggen 8,25 Zentner. Wäre die Produktivität des Jahres 1920 gleich der des Jahrzehntes 1903—1912 gewesen, so hätten wir bei einer mit Weizen bebauten Fläche von 636.670 Hektar und mit Korn bebauten Fläche von 904.769 Hektar eine Mehrernte von 1.241.507 Zentner Weizen und 4.297.673 Zentner Korn, zusammen 5.539.180 Zentner Brotfruchtgetreide zu verzeichnen gehabt. Nehmen wir nun noch die Hälfte der Brache als bebaut hinzu an, so würde das bei einem Durchschnittsertrage von 13,15 Zentner Brotfruchtgetreide eine weitere Mehrernte von 2.392.314 Zentner, also insgesamt 7.931.494 Zentner ergeben. Die Gesamternte an Weizen und Roggen betrug im Jahre 1920 in der Tschechoslowakei rund 15.542.300 Zentner und hätte daher 23.474.000 Zentner betragen können.

Nach Stokfasa**) beträgt die Höhe des jährlichen Bedarfs an Brotfrucht pro Kopf und Jahr 185 Kilo. Ziehen wir von dem möglichen Ertrag 20 Prozent für Saatgut, Futtermittel u. a. m. ab, so ergibt dies eine mögliche Kopfquote von rund 140 Kilo pro Kopf und Jahr, oder rund 380 Gramm pro Kopf und Tag. Die wirkliche Kopfquote beträgt jedoch nur 115 Kilo pro Kopf und Jahr und wir müßten, wollten wir die Kopfquote von 185 Kilo einhalten, jährlich nicht weniger als 9.450.000 Zentner Getreide einführen, was bei einem Durchschnittspreis von 320 Ké pro Zentner Brotfrucht die ganz ansehnliche Summe von 3.024 Millionen Kronen ausmacht, die wir an das Ausland zahlen müßten. Diese ungeheuren Summen könnten der heimischen Landwirtschaft verbleiben, wenn die Bewirtschaftung des Bodens eine intensivere würde.

Was sehen wir aber statt dessen? Dem Boden wird bei weitem nicht soviel entnommen, als möglich ist. Unser Boden ist noch lange nicht so ausgenutzt, wie in der Vorkriegszeit. Es ist richtig, daß die Kriegszeit große Verheerungen in der Landwirtschaft anrichtete hat. Aber auch da haben in allererster Linie doch nur die kleinbäuerlichen Betriebe gelitten. Der Boden des kleinen Landwirts wurde ausgeraubt. Der Kleine hatte nicht die Mittel, sich Kunstdünger zu beschaffen, an Naturdünger fehlte es aber, dank der Requi-

*) J. Schindler: Die Getreideproduktion Oesterreich-Ungarns.
**) Stokfasa: Getreideproduktion Oesterreich-Ungarns.

Ein proletarisches Theater.

Im folgenden bringen wir den Programmentwurf eines proletarischen Kulturtheaters, den ein für die Idee begeisteter Schauspieler ausgearbeitet hat, und stellen ihn zur Diskussion. Die Erfolge, die Hans Sögmann mit seinem Landvolktheater erzielt hat, und die Not großer deutscher Landesteile an einem wertvollen Kunstsinne lassen die Idee jedenfalls erwidern, ihre Ausführung würde vielen Proletariern die Tür zu neuen Kenntnissen öffnen. Die entscheidende Frage ist, ob sich, sei es auf den Vorstandsvorsitz vorgeschlagenen, sei es auf anderen Wegen, die genau zu erredenden natürlichen Grundlagen für das Unternehmern finden lassen. Die Redaktion.

1. Zweck.
Die Schaffung einer proletarischen Bühne entspricht der längst eingesehenen prinzipiellen Notwendigkeit, die wertvollen Schichten der Hand- und Kopfarbeiter von der Abhängigkeit eines kapitalistischen Theaters zu befreien und ihnen — und das ist wohl mit der Hauptgrund — zu durchaus erschwinglichen Eintrittspreisen wirkliche, gute Kunst zu bieten. Der eventuelle Hinweis auf die schon bestehenden „sogenannten“ Arbeiterdarstellungen besagt nichts. Die Auswahl der Stücke und deren Darbietung sind zumeist zwecklos, der Besuch dieser Vorstellungen ist jedem zugänglich, so daß die Struktur der Besucher das übliche Abendbild aufweist und höchstens Gallerie und zweiter Rang die Besucher aufweisen, denen die Vorstellung eigentlich zugehört ist. Letzten Endes ist auch die

ganze Sphäre dieser Theater mit ihren vielen Vögen, dem ersten Partett, Balkon usw. durchaus kapitalistisch, durchaus Klassentheater und erschwert auch so die Schaffung eines einheitlich proletarischen Publikums. Ueberdies beschränken sich diese Vorstellungen auf die wenigen Städte mit ständigem Theater und gerade die theaterlosen Orte der Tschechoslowakei weisen die meiste Arbeiterbevölkerung auf.

Was soll nun das proletarische Theater? Es soll, als Wanderbühne gedacht, alle Arbeiterzentren der Republik bereisen und ihnen zyklisch (an vier oder sechs Abenden) eine Auslese der besten modernen und älteren Werke der dramatischen Literatur in guten, wohlgeordneten Vorstellungen zur Aufführung bringen, und zwar in solchen Zeiträumen, daß jeder Ort einmal in durchschnittlich vier bis sechs Wochen mit einem solchen Gastspielzyklus bedacht wird.

2. Das Programm.
Sich im vorhinein auf ein Programm festzulegen, ist bis zu einem gewissen Grade eine gewagte Sache. Die üblichen Programmantwörungen der Stadt- und Staatstheater versprechen immer viel, sehr viel und lassen den Besucher am Ende eine Spielzeit enttäuscht feststellen, daß höchstens ein Drittel der versprochenen Stücke aufgeführt worden ist. Alle diese Bühnen sind aber mehr oder minder unverhüllte Geschäftstheater, deren Hauptzweck die Bereicherung des Unternehmers bildet. Die proletarische Bühne hingegen ist kein Geschäftstheater, sondern ein Kunsttheater. Und als solches hat es die Aufgabe, planmäßig aufzubauen und geistig zu erweitern. Gerade sein Publikum verlangt eine besondere Rücksichtnahme. Die großen, im Proletariat latent schlummernden Kräfte müssen geweckt wer-

den. Sein Auge, bisher nur den grauen, zermarternden Alltag des Fabrikraumes gewöhnt, soll sich erheben und freieren, schönen, feingefesselten Ich soll das große Wunder der geistigen Menschwerdung schöpferisch in sich erleben das bisher nur dem Reichen, Satten vorbehalten blieb, der allerdings meist blutwenig damit anzufangen wußte. — Und so denke ich mir einen Entwurf der ersten Spielzeit ungefähr so: Von Hans Sachs eine Auswahl, Legungs „Emilia Galotti“ als erstes wahrhaft revolutionäres Werk seiner Epoche, als lebendige Opposition gegen die faulende Pestbeule einer morschen Oberschicht. Von Schiller die „Räuber“, natürlich nicht im zahmen Hoftheaterstil, sondern geboren aus dem Sturm und Drang seines Schöpfers. Dann etwa Büchners „Bohze“, Molières, „Bürger als Edelmann“, „Tartuff“ und „Der Geizige“ als löbliche Zeitfakten und im gewissen Sinne als Vorbereitung der französischen Revolution. Goethes „Faust“ I. Teil wenigstens szenenweise, Hofmans „Stüben der Gesellschaft“, Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“ und „Die versunkene Glocke“ mit besonderer Betonung des Faustischen, des Ringenden im Menschen, Tolstoj's „... Und das Licht leuchtet in der Finsternis“, Toller's „Maschinenstürmer“, Rosensow's „Roter Lampe“, „Armut“ und Kaisers „Was“. Dazu noch gute Lustspiele von Benedix (zum Beispiel der Störenfried) Perronze, (Dr. Klaus) und andere.

Unterstützt denke ich mir die Aufführung durch die unentgeltliche Abgabe kleiner Programmhäfte, die in gedrängter Form Inhaltsgänge des Stückes und Biographie, sowie eine künstlerische Würdigung des Dichters zu bieten hätten.

Unterstützt denke ich mir die Aufführung durch die unentgeltliche Abgabe kleiner Programmhäfte, die in gedrängter Form Inhaltsgänge des Stückes und Biographie, sowie eine künstlerische Würdigung des Dichters zu bieten hätten.

Unterstützt denke ich mir die Aufführung durch die unentgeltliche Abgabe kleiner Programmhäfte, die in gedrängter Form Inhaltsgänge des Stückes und Biographie, sowie eine künstlerische Würdigung des Dichters zu bieten hätten.

Unterstützt denke ich mir die Aufführung durch die unentgeltliche Abgabe kleiner Programmhäfte, die in gedrängter Form Inhaltsgänge des Stückes und Biographie, sowie eine künstlerische Würdigung des Dichters zu bieten hätten.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Unterstützt denke ich mir die Aufführung durch die unentgeltliche Abgabe kleiner Programmhäfte, die in gedrängter Form Inhaltsgänge des Stückes und Biographie, sowie eine künstlerische Würdigung des Dichters zu bieten hätten.

Inland.

Die Kommunisten als Störer der proletarischen Einigkeit. Wir haben vorgeführt über die bedeutungsvolle Rundgebung der drei Gewerkschaftszentralen berichtet und jeder Klassenbewußte Arbeiter wird eine Freude darüber empfunden haben, daß es endlich gelungen ist, einheitliche, gemeinsame wirtschaftliche und sozialpolitische Forderungen des gesamten Proletariats zu formulieren und so den einheitlichen proletarischen Willen zur Geltung zu bringen, die proletarische Kraft der Arbeiter zu mehren. Die ersten nun, die die ausgefallenen Forderungen hämisch glosieren, sind natürlich die Kommunisten, die noch vor wenigen Wochen sich nach der einheitlichen proletarischen Front heiser geschrien haben. Danach kann jeder Arbeiter ermessen, wie ernst es den Kommunisten mit dem ist, was sie täglich in Resolutionen und Aufrufen in die Welt hinaus-schreiben. Die ganze abgrundtiefe Demagogie und der stülpische Verfall der kommunistischen Partei wird darin offenbar. Das „Rude Bravo“ versucht in seinem gestrigen Leitartikel die Sache so darzustellen, als ob die drei Gewerkschaftszentralen die Arbeiter käufchen wollten. Die kommunistische Politik scheint sich in Schindbereien gegen die andersdenkenden Arbeiter aufzulösen zu wollen, die „revolutionäre“ Gesinnung reicht nurmehr noch zu ein paar Schimpfplanonaden.

Die Hundstage beginnen. Die unerträgliche Hitze, die seit einigen Tagen in der Tschechoslowakei herrscht, hat ihre Wirkungen auch auf den nationalsozialen Abgeordneten Josef P a h e l nicht verfehlt. Der genannte Herr, der das ganze Jahr für die deutschnationalen Blätter fleißig schreibt, glaubt, dieses Handwerk auch in den Hundstagen nicht aufgeben zu können, und gelangt unter der Einwirkung der — wie man zu seiner Entschuldigung bemerken muß — wirklich übermäßig großen Hitze zu folgender Erkenntnis, die er in seinem Leitartikel, dem Duxer „Tag“ zu Ruh und Frommen seiner engeren Parteigenossen niederlegt: „Daß die Sozialdemokraten über jeden Schritt im deutschen Lager grübeln und schimpfen, braucht uns nicht zu verwunden. Die Herren entpuppen sich allüberall immer mehr und mehr als die gehorsamen Leibwächter der jüdischen Weltfinanzlinge.“ — Gegenüber einer solchen tiefgründigen politischen Erkenntnis vertragen uns wahrlich alle Argumente, die wir sonst zur Verfügung haben und wir können nur dem Herrn Abgeordneten P a g e l aufrichtig wünschen er möge die Parlamentsferien zu einem fruchtigen Erholungsurlaub in einer Kaltwasserheilanstalt ausnützen. Den von der Hitze und der hohen Politik des Herrn P a g e l viel geplagten Lesern des „Tag“ jedoch rufen wir zu: „Wohl bekomms!“

Beratungen der Deutschbürgerlichen in Eger. Das tschechoslowakische Preßbüro meldet unter dem 8. Juli aus Eger: Am Vortage des Volkstages, der morgen hier zur Erinnerung an den 25. Jahresstag des am 9. Juli 1897 während des Kampfes der Deutschen gegen die badenischen Verordnungen abgehaltenen Volkstages stattfand, wurden heute hier Beratungen der Parteimitgliedern folgender Parteien abgehalten: Der Deutschnationalen, der Christlichsozialen, der Deutschdemokratischen Freiwirtschaftspartei, des Bundes der Landwirte, des Verbandes der alldeutschen Volkspartei und der Deutschen Gewerkschaften. Diese Beratungen, welche abgehandelt stattfinden, waren hauptsächlich den inneren Parteiangelassenheiten gewidmet. Hoff von den Verhandlungen der Deutschnationalen und der Nationalsozialen erwartet man eine Entscheidung in der Frage der Verschmelzung dieser Parteien, eventuell der Forderung oder Befestigung des Deutschen parlamentarischen Verbandes.

Selbstmord des Abgeordneten Josef Wientzla? Der Legionärsabgeordnete Josef P a e n i c h-

3. Organisation.

Unternehmer des proletarischen Theaters ist der Bildungsausschuß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Der Sitz des Unternehmens ist Prag oder Teplich. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf alle deutschsprachige Gebiete der Republik, mit besonderer Berücksichtigung der Zentren der arbeitenden Bevölkerung. Es sind in allen Orten nach Möglichkeit Theatergemeinden einzurichten, die garantierte Einnahmen verbürgen, so daß eine geschäftliche Kalkulation erleichtert wird. Die örtlichen Organisationen unterstützen das Unternehmen durch Vorbereitungen und Vorverkauf, Reklame usw. und durch freiwillige Stellung von zwei bis drei Genossen zum Bühnendienst, wodurch das Gagenbudget erheblich entlastet würde. Auch ist nach Möglichkeit an die bemittelteren Genossen mit der Bitte heranzutreten, den Schauspielern gegen eine geringe Vergütung Nachtlager zu gewähren, wodurch die Hotelkosten verringert würden. Um die gewaltigen Eisenbahnpreise und Frachtsätze zu verringern, ist es am vorteilhaftesten einen Autonomiebus zu mieten, der einen Anhängewagen zieht, auf dem Gepäc, Dekorationen usw. gelagert sind.

Das Personal ist aus jungen, qualitativ guten und vor allem idealistischen Schauspielern auszuwählen, die vor den nicht geringen physischen Anstrengungen nicht zurückschrecken und von der Mission, der sie dienen, durchaus erfüllt sind. Ich denke an ein Personal von sechs Damen und acht Herren. Auch in diesem Punkte würde die proletarische Bühne gute soziale Arbeit leisten, indem sie in dieser Zeit der großen Engagementslosigkeit so und so viel Arbeitern eine auskömmliche Existenz böte. Das ständige technische Personal besteht aus zwei Bühnenarbeitern und

Er kam gestern nachmittag mit dem Spiritusfabrik-Direktor Josef Dolezal aus Bobol in die Wohnung von dessen Schwiegervater Oskar Jihl in Prag-Brichowitz. Beide gingen in ein Zimmer, wo sie sich abschlossen. Nach einiger Zeit fielen im Zimmer vier Schüsse. Die herbeigeholte Polizei fand den Abgeordneten Psenicka mit zwei Schusswunden in Gesicht tot auf dem Divan vor. Bei der Tür lag Dolezal, der durch einen Schuss in die linke Brustseite schwer verletzt worden war. Vom vierten Schusse bemerkte man Spuren an der Wand. Dolezal wurde sofort in die Klinik überführt. Die Leiche des Abgeordneten Psenicka blieb in der Wohnung. Die Aufklärung der Affaire war bisher nicht möglich, da Dolezal so schwer verletzt ist, daß er nicht einvernommen werden kann. In der Wohnung fand man einen siebenbürgischen russischen Revolver, aus dem vier Schüsse abgefeuert waren. Abgeordneter Psenicka gehörte der tschechischen nationalsozialistischen Partei an. Er war im Kriege in Russland bei den tschechischen Legionen gewesen und wurde von Masaryk als Kurier verwendet. Bei den Wahlen kandidierte er in Prag auf die Liste der tschechischen nationalsozialistischen Partei und rückte an Stelle des Abgeordneten Hrbizil vor, nachdem diesem vom Wahlgericht das Mandat aberkannt worden war. (Die Red.)

Zum Kapitel: Militarismus. Wie die gestrigen „Kölnische Rundschau“ mitteilen, wird der Ministerrat einen Antrag auf Errichtung einer sogenannten „höchsten Nationalverteidigung“ zur Genehmigung vorlegen. Es soll dies eine ständige Kommission sein, der außer dem Minister für nationale Verteidigung der Ministerpräsident, die Minister des Innern, der Eisenbahnen, des Aeußern, der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten angehören sollen. Die Kommission wird mit der ständigen Überwachung über alle die Wehrkraft des Staates und seine militärische Bereitschaft betreffenden Angelegenheiten betraut werden. — Wir leiden scheinbar noch immer an großem Beamtenmangel und speziell an einem Mangel von Beamten und Einrichtungen, die zum Ausbau des Militarismus beitragen. Denn es ist doch lächerlich, dem Volke zutrauen zu wollen, man denke daran, diese Kommission von den Ministern bilden zu lassen. Es ist ganz klar, daß auf diese Weise jedes Ministerium wieder sein eigenes Ressort „höchste Nationalverteidigung“ erhalten muß, und daß so eine neue finanzielle Mehrbelastung eingeführt wird. Das nennt man bei uns — entmilitarisieren und sparen!!

Ausland.

Die kaiserlich-russische Botschaft in Belgrad.

Im jugoslawischen Parlamente hat der sozialdemokratische Abgeordnete Kozun eine Interpellation eingebracht, die sich mit der in Belgrad bestehenden kaiserlich-russischen Botschaft befaßt. Diese Expositur des Zarismus wird von der jugoslawischen Regierung nicht nur geduldet, sondern auch als die legitime Vertretung des russischen Volkes erachtet und dementsprechend behandelt. Der Außenminister Rincic war in seiner Antwort gezwungen, diesen europäischen Skandal zuzugeben, wobei er erkennen ließ, daß man in Belgrad bei Förderung der zaristischen Reaktion gar nicht vereinsamt dastünde und daß dieselbe völlig in das politische Programm der gegenwärtigen Radikalen falle. Herr Rincic erklärte nämlich, auch in anderen Staaten bestünden derartige Botschaften und es sei notwendig die Entwicklung der Verhältnisse in Russland und die politischen Evolutionen abzuwarten, bevor man seinen Standpunkt in der Russlandfrage präzisieren. Mit den anderen Staaten meint Herr Rincic offenbar die so oft gerühmte „große Demokratie des Westens“ Frankreich und dessen Vasallenstaaten, zu denen auch

dem Chauffeur, der auch zum Bühnenbau zu verpflanzt ist. Als Mindestlohn nehme ich 1200 Kronen, als Höchstlohn 1800 Kronen. Ich glaube nicht, daß diese Löhne zu hoch gegriffen sind, wenn man den Charakter des Wanderschauspiels in Betracht zieht.

Nach innen soll das proletarische Theater ein Gemeinschaftstheater im echten Sinne des Wortes sein. Ein Geist der Gemeinschaft, des gemeinsamen Willens, der gemeinsamen Arbeit soll alle befehlen. Wer nicht durchdrungen ist von der Idee, der soll fernbleiben. Es sollen daher nach Möglichkeit alle Mitglieder der Partei offen sein.

Ein Direktor im alten Sinne des Wortes soll nicht existieren. Der künstlerische Leiter soll allen Mitgliedern in erster Linie Kollege sein. Seine Autorität soll auf der Persönlichkeit und nicht auf seinen Nachmitteln basieren. — Der künstlerische Leiter bestimmt im engsten Anschluß an den Bildungsausschuß der Partei, der in allen künstlerischen und geschäftlichen Fragen das Mitbestimmungs-, beziehungsweise Einspruchsrecht hat, in allen künstlerischen (Repertoires- und Beschaffungs-) Fragen. Ihm steht ein Regisseur zur Seite, mit dem er sich in die Spielleitung teilt. — Die Rechte der Mitglieder sind durch einen Angehörten der Partei gewährleistet, der in geheimer Wahl gewählt, ihre Rechte vertritt. — Wenn sich eine Resignationsbewegung ergibt, wäre das natürlich sehr zu begrüßen. Jedemfalls beweist die Tatsache, daß Deutschland heute zwei Kulturen zu haben besitzt, die Lebensfähigkeit eines derartigen Unternehmens. In dieser entscheidenden Phase des Kampfes zwischen Kapital und Sozialismus soll das geistige Rückgrat des Arbeiters ganz besonders geschärft sein und eine Wandervolksbühne träge dazu beträchtlich beitragen. Adolf Bortendörfer.

die Kleinmonarchien des Balkans gehören; wenn er mit der endgültigen Stellungnahme zur Russlandfrage vorläufig zuwarten will und unterdessen das altrussische System als zu Recht bestehend erachtet, so bestätigt er, daß er auf den Jaren wartet, wie ihm die jugoslawischen Genossen, bei denen sein schamloses Bekenntnis gerechte Enttäuschung ausgelöst hat, zugerufen haben.

Das Eingeständnis des jugoslawischen Außenministers bringt keine sonderliche Überraschung und ist nur insofern von Bedeutung, als dadurch längst bekannte Tatsachen eine offizielle Bestätigung erhalten. Die Politik des Königreiches S. S. S., das von denselben Leuten und mit denselben Methoden regiert wird wie das alte Serbien, bewegt sich durchaus auf der Linie des traditionellen Panславismus, der sich mit dem französischen Imperialismus vor dem Weltkriege zum engen Bündnis zusammengeschlossen hat. Dieser Panславismus bedarf der Verleumdung durch die Person des Jaren, gerade so wie Frankreich, das heute der reaktionäre Staat der Welt geworden ist, an der Wiederaufrichtung des Jarenismus als mächtigsten Pfeiler der Reaktion interessiert ist. Weder in Serbien noch in Frankreich hat sich ein Wandel oder eine Revision des vorkriegserischen politischen Programms vollzogen, was zur natürlichen Folge hat, daß sich die Bestrebungen dieser beiden Staaten auch in den Bemühungen, Russland wieder mit einem Jaren zu beglücken, treffen. Zur Zeit der hauptsächlich von Frankreich bezahlten Feldzüge Denikins, Judenitschs und Kalischs hat die jugoslawische Heeresleitung an die Angehörigen der eigenen Armee einen Aufruf erlassen, in welchem zum Eintritt in die weißgardistische Heere aufgefordert wird. Im Kriege gegen Russland bemühte sich Frankreich zeichnenderweise, Jugoslawien zur einseitigen Eingreifung zu gewinnen, für welches als Lohn die günstige Lösung der Adriafrage versprochen wurde, und entsandete einen General nach dem anderen nach Belgrad. Nur das Nichts, daß Italien kaum halten werde, was Frankreich verspricht und die wenig günstige Kriegslage haben es den jugoslawischen Proletariern erspart, ihre Haut für den Jarenismus zu Markte zu tragen. Zudem hatte damals Herr Pashitsch noch nicht das Herz seines königlichen Herrn für die rumänische Prinzessin erndet und das Verhältnis zum Lande des heutigen Schwiegervaters war zu jener Zeit wegen des Banates noch ein sehr ungelöstes. Dagegen war Belgrad mit Prag schon sehr intim, wo man sich mit den polnischen Brüdern wegen Tschchen in den Haaren lag und ihre Mißfolge mit ungeteilter Freude begleitete. Es war also die politische Konjunktur, welche die Friedensliebe Jugoslawiens in diesen kritischen Tagen bedingte und die aktive Beteiligung an der Gegenrevolution behinderte. Wie gerne man mitgetan hätte und auch heute noch mittut, beweist neben den Worten, die der verantwortliche Außenminister jüngst gesprochen hat, auch das Verhalten während der Aktion Prangal und die mehr als gottliche Aufnahme in Belgrad, welche dieser und seine Armee nach dem unruhigen Ende an der Front gefunden haben. Nicht nur, daß man die Etablierung des zaristischen Hauptquartiers, von welchem aus die den ganzen Balkan umspannenden konterrevolutionären Intrigen gesponnen wurden, duldet, man unterhält dieses Hauptquartier auch aus staatlichen Mitteln.

So ist Belgrad das politische und militärische Zentrum der russischen Gegenrevolution geworden und bildet den Herd neuer Kriegsgefahren. Die kaiserlich-russische Botschaft, welche dort besteht und die Auffassung der offiziellen Kreise über deren Wirken und Notwendigkeit beleuchtet grell die dortige Situation. Sie machen auch die ausgesprochenen Sympathien der tschechoslowakischen Panславisten um Aramarsch herum begreiflich, die sich, solange in Moskau noch kein gottgesalbter Monarch sitzt, nach Belgrad richten, wo doch wenigstens eine kaiserliche Vertretung dieses so sehr herbeigesehnten Jaren sitzt. Im Proletariate der Tschechoslowakei wird durch die Enthaltungen der jugoslawischen Genossen im Parlamente der Bündnisgedanke nicht gerade gestärkt werden.

Der Blutjunker Rosenberg.

In verschiedenen Orten Deutschlands ist es durch provozierendes Verhalten der Monarchisten zu Zusammenstößen gekommen. Einer der folgenschwersten spielte sich auf dem Gut Sommerburg bei Voelptz (Provinz Sachsen) ab. Vom Wolffsbureau ist über die Vorgänge wie schon so oftmals ein falscher Bericht herausgegeben worden. Nach diesem sollten die Bewohner des Schlosses sich gegen bewaffnete Demonstrationen verteidigt haben. In Wirklichkeit ist einwandfrei festgestellt, daß es ohne das unwürdige Verhalten des Gutverwalters Rittmeisters von Rosenberg nicht zu den blutigen Vorgängen gekommen wäre. Zwischen Rosenberg und den umwohnenden Leuten besteht infolge der Brutalität Rosenbergs bereits lange ein gespanntes Verhältnis. Der Gutshof ist durch Mauern und schwere Eisentüren gesichert. Hinter dieser Deckung hervor schossen Rosenberg, sein Inspektor und zwei Flurwächter, ohne angegriffen zu sein, auf demonstrierende Arbeiter. Zwei Männer wurden dabei verwundet, ein 13jähriger Knabe getötet. Dann warf Rosenberg gegen 10 Uhr abends auf einen ahnungslos von der Arbeit nach Hause gehenden Arbeiter, der nicht zu den Demonstranten gehörte, aus dem Hintertasche eine Handgranate. Dem Mann, einem Witwer mit mehreren Kindern, wurde der halbe Kopf weggerissen. Nun holte ein Trupp Arbeiter aus einem benachbarten Ort mehrere Gewehre eines Schützenvereins und beschloß das Gut. Dabei wurden Rosenberg und einer der Flurwächter verwundet. Gleichzeitig telephonierte sie nach der Polizei, damit diese

Rosenberg unschädlich mache. Als sie eintraf, waren bereits weitere Arbeiter verwundet. Gleichzeitig mit der Schupo, der von den Belagerten des Schlosses keine Schwierigkeiten gemacht wurden, kamen weitere Arbeitertruppen. Ueber die nun folgenden Dinge wird dem „Vorwärts“ berichtet: „Das gegenseitige Einvernehmen wurde erst gestört, als am Helmsdorf einige hundert Kommunisten erschienen, die sofort über die Schupo herfielen und sie entwaffneten. Das Schloss ist dann von den Helmsfordern gestürmt und ausgeplündert worden. Einer der Flurwächter ist von den Helmsfordern erschlagen worden. Rosenberg selbst wurde nach der Erstürmung des Schlosses von Arbeiterkomitees in Schutz genommen und am Mittwoch nachmittag in einem Krankenautomobil in Sicherheit gebracht. Die Ärzte hoffen, ihn am Leben erhalten zu können. Seine Frau und seine Kinder wurden von Parteigenossen aus dem Schlosse geholt und nach Magdeburg gebracht. Die Behauptung der bürgerlichen Presse, daß auch das Leben der Frau Rosenberg gefährdet sei, ist falsch. Am Mittwochabend war in Sommerburg durch die Bemühungen der Arbeiter unter Führung einiger Funktionäre der S. P. D. und U. S. P. D. die Ruhe wieder hergestellt.“ Insgesamt sind bei den Kämpfen 10 Arbeiter verwundet und drei getötet worden.

Das bolschewistische Lockspiel.

In der Moskauer Verhandlung am 27. Juni wurde durch das Verhör der Zeugen Kalitnikoff und Smirnow, durch die Verlesung einer Erklärung des Zentral-Komitees der russischen kommunistischen Partei und durch den Vergleich verschiedener Daten unerwartet festgestellt, daß der Angeklagte der zweiten Gruppe und eigentliche Denunziant der Altkongressen, Semjenow acht Monate vor seinem Anschluß an die sozialrevolutionäre Partei in den Listen der kommunistischen Partei als Mitglied geführt und als verantwortlicher Mitarbeiter angesehen wurde, während er gleichzeitig Parteiaufträge der Sozialrevolutionäre ausführte. Der Frage des Angeklagten Timofejew, ob seine (des Semjenows) neue Parteigenossen es gewußt haben, daß er sich in den Reihen der Sozialrevolutionäre befinde und ihre Organisationsarbeiten ausführe, weicht Semjenow aus, indem er dem Vorstehenden erklärt: „Ich werde im Folgenden ausführliche Angaben machen.“ Darauf bitten die Angeklagten der ersten Gruppe, die von dem Gericht festgestellte Tatsache der Doppeltätigkeit Semjenows zu Protokoll zu bringen, der in der Partei der Sozialrevolutionäre verließ als Informator und Organisator von Auftritten mit dem Wissen und der Zustimmung des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei.

Telegramme.

Keine Klärung in Berlin.

Berlin, 8. Juli. (Eigenbericht.) Die Frage der Umbildung der Regierung und einer Erweiterung der Koalition nach links ist auch heute nicht gelöst worden. Am Abend war eine Parteibesprechung beim Reichskanzler, über die offiziell nichts mitgeteilt wird, von der man aber wohl weiß, daß sie ein positives Ergebnis nicht gebracht hat.

Die kommunistischen Schädlinge.

Sie zerschlagen die Einheitsfront.

Berlin, 8. Juli. (Eigenbericht.) Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften veröffentlichten gemeinsam mit den beiden sozialistischen Parteien einen Aufruf, worin festgestellt wird, daß die kommunistischen Parteien aus der Aktionsgemeinschaft ausgeschieden sind. Bei der Aufstellung der Forderungen wählten sich alle Organisationen, also auch die kommunistischen Parteien, verpflichtet, alle Maßnahmen zur Erreichung des Zieles gemeinsam durchzuführen und zu unterstützen. Zugleich seien die Mitglieder zur geschlossenen Disziplin und absoluten Einigkeit verpflichtet gewesen. Der Aufruf fährt fort: „Darum ist jede Taktik nur einzelner Organisationen, die darauf ausgehen, sich selbst in Gegensatz zu den anderen als besonders eifrig hinzustellen, die Absichten der anderen aber herabzusetzen und zu verächtigen, besondere Kampfmethoden zu propagieren und die Aktion entgegen den gemeinsamen Beschlüssen auf eigene Faust weiterzutreiben, aufs entschiedenste zu verwerfen. Gewerkschaftsmitglieder! Genossen! Zeigt den die Tür, die jetzt in Wort oder Schrift eure Einigkeit stören oder euch zu Taten verleiten wollen, die nicht unseren gemeinsamen Forderungen und den von uns gemeinsam herausgegebenen Parolen entsprechen. Die so handeln, gehören nicht zu uns. Lehnt jede Gemeinschaft mit ihnen ab und weist, wenn ein solcher Störenfried in den eigenen Reihen auftritt, ihn gebührend in die Schranken.“

Zugleich fährt die kommunistische Partei fort, die anderen Organisationen in der unflätigen Weise zu beschimpfen. Damit zeigte sie durch die Tat, was ihr Veredeln von der Einheitsfront wert ist.

Fortdauer der Berliner Buchdruckerstreiks.

Berlin, 8. Juli. (Eigenbericht.) Trotz wiederholten Eingreifens der Reichsregierung haben die Buchdruckerbestreiter an ihrem ablehnenden Standpunkt im Berliner Buchdruckerstreik fest-

gehalten. Auch die Verhandlungen, die heute im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind gescheitert. Die Regierung hat sich nun entschlossen, der unheilbar werdenden Situation ein Ende zu machen. Noch heute soll im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt werden, der sofort als rechtsverbindlich erklärt werden wird. Der Schiedsspruch kam nicht zustande. Von Arbeiterseite waren wohl die Vertreter der Organisation, aber nicht die Vertreter der Partei, nämlich der streikenden Buchdrucker, erschienen. Die Unternehmervertreter, die vollzählig zur Stelle waren, nützte das aus, um gegen die Fällung des Schiedsspruches zu protestieren. Die Sitzung wurde daraufhin ergebnislos abgebrochen und eine neue Sitzung auf Montag anberaumt. Mit dem Erscheinen der bürgerlichen Zeitungen ist also vor Dienstag nicht mehr zu rechnen.

Ansuchen Deutschlands um Regierungs-erleichterungen?

Paris, 8. Juli. (Savas.) Entente-Kreisen ist die Nachricht zugekommen, daß Deutschland sich darum zu bemühen beabsichtigt, es möge die Reparationsfrage von neuem angehängt werden. Deutschland will beantragen, daß es für das Jahre 1922 festgesetzten Beträge bezahlen, aber darum ersuchen wird, es möge von den Zahlungen für die Jahre 1923 und 1924 befreit werden, in welchen beiden Jahren es nur Sachlieferungen leisten würde. Nach einer Londoner Meldung der „Evening News“ wieder soll Deutschland die Alliierten ersucht haben, die Lieferungsverpflichtung auf Kohle von zwei Millionen auf 1.430.000 Tonnen herabzusetzen.

Herabsetzung der Kohlenlieferungen?

London, 8. Juli. (Savas.) „Evening News“ erfährt, daß Deutschland die Alliierten verhandelt hat, daß es nicht instande ist, weiterhin 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich zu liefern und ersucht, die vorgeschriebenen Lieferungen auf 1.430.000 Tonnen herabzusetzen.

Polnischer Terror in Oberschlesien.

Bentzen, 8. Juli. (Wolff.) Der polnische Terror in Oberschlesien gegen die deutschen Beamten und Arbeiter hat zur Stilllegung einzelner Hütten- und Grubenanlagen geführt. So wurde gestern der Betrieb der „Königs- und Laurahütte“ eingestellt, weil die deutschen Angestellten von ihren Arbeitsstätten vertrieben worden sind. Auch der Stickstoffwerken in Chorzow droht dasselbe Schicksal. Die gleichen Zustände herrschen auf der „Mazgrube“ und der „Gräfin-Lauragrube“ sowie der „Baldonhütte“.

Wahlen in Polnisch-Oberschlesien.

Warschau, 7. Juli. (P.M.) In der letzten Sitzung des provisorischen ober-schlesischen Weiwodschafsrates wurde die Frage der Wahlordnung für den künftigen ober-schlesischen Landtag besprochen. Es wurde im Prinzip beschlossen, die Wahlen in den künftigen ober-schlesischen Landtag auf Grund der gegenwärtig geltenden Wahlordnung im Zeitraum von 80 Tagen nach der Uebernahme des ober-schlesischen Gebietes durch polnische Behörden durchzuführen. (Angeblich soll als Bedingung der Wählbarkeit die Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift aufgestellt sein. Das entspräche der gegenwärtig geltenden Wahlordnung in Polen, aber nicht in Oberschlesien. D. Red.)

Eine Krise der Hanger Konferenz.

Haag, 8. Juli. (Savas.) Bei der Beratung der Konzeptionsfrage kam es zu einer offenen Krise. Als der belgische Delegierte Litwinow aufforderte, präzise zu erklären, ob die Sowjetregierung auch in Zukunft das Eigentumsrecht nicht anerkennen werde, erwiderte Litwinow, er könne keine Antwort erteilen, worauf Krassin das Wort ergriff, um festzustellen, daß niemals von einer Restitution der Privatgüter die Rede war und auch niemals die Rede davon sein werde. Der französische Delegierte Lapradelle konstatierte, daß die Kommission, trenn dem festgesetzten Programm, die Bedingungen der Organisation und der Erneuerung der Arbeit in Russland prüfen wolle und betonte, daß man die Situation jenes kennen müsse, welchen — so sagte Lapradelle — wir Eigentümer zu nennen, nicht zögern“. Die Sitzung wurde sodann unter großer Erregung geschlossen.

Sorthy und seine Spießgesellen.

Wien, 9. Juli. (Eigenbericht.) Ueber die gestrigen Verhandlungen vor dem Budapester Militärgericht gegen die Mörder von Ergowany berichten die Budapester Blätter: Der Staatsanwalt beantragte in seinem Plaidoyer den Tod durch den Strang. Die Verteidiger beriefen sich in ihrer Schlussrede darauf, daß die Angeklagten nur den vom Oberleutnant Hejas erhaltenen Befehl ausgeführt hätten. Sodann erhob sich neuerlich der Staatsanwalt und machte folgende Äußerungen: Der Kriegsminister der ehemaligen Regierung von Szegedin (Nikolaus Sorthy) erteilte dem Oberleutnant Jwan Hejas den Befehl zur Organisation einer Brachialgewalt zwischen Donau und Theiß und ernannte ihn zur Einberufung von sechs Jahrgängen für diese Brachialgewalt. Oberleutnant Hejas folgte diesem Befehl, und die Mitglieder der Brachialgewalt wurden als militärische Organisation in Gendarmereiform gestiftet. Was

man die Hinweise auf Oberleutnant Hejas betrifft, bin ich inständig, eine Verordnung des Reichsverweisers und des Justiz- und Handelsministers zu verlesen, wozu ein besonderes Offiziersgericht das Verfahren gegen Hejas durchgeführt hat, worauf dann auf Grund des Amnestieerlasses vom Jahre 1920 Hejas amnestiert wurde. Diese Amnestie wurde damit begründet, daß er die Hinrichtungen infolge seiner patriotischen Entrüstung über die Kommunisten durchgeführt hatte. Die Angelegenheit des Oberleutnant Hejas ist damit endgültig erledigt. — Diese Äußerungen des Staatsanwaltes und die Verlesung des Amnestieerlasses erregten im Verhandlungslokal große Aufregung. Die Verteidiger erhoben sich sofort und erklärten, daß sie nun nicht nur eine milde Strafe für die Angeklagten verlangen, sondern ihre vollständige Freisprechung. Denn jetzt sei es festgestellt, daß der Anstifter der Taten, für welche die Anklage erfolgte, die allerhöchste Begnadigung erhielt. Die beiden angeklagten Redner wandten sich nun weinend zum Vorsitzenden und riefen, daß sie nicht bestraft werden könnten. Der Vorsitzende schloß nun die Verhandlung und teilte mit, daß die Urteilsverkündung Montag erfolgen wird.

Die Valutatankatrophe in Oesterreich.

Wien, 8. Juli. (Sch. B.-B.) Die Sanierungsaktion der Regierung hat vorläufig keinen positiven Erfolg. Die Leuzerungswelle geht ständig höher. Das Bemühen der Regierung, das Steigen der Preise aufzuhalten, geht an dem Aufstieg der Kurse der fremden Valuten zu nichte. Insbesondere ist es die tschechoslowakische Krone, die am meisten gesucht ist. Die Furcht vor der Krone konnte auch nicht durch die Ankündigung der finanziellen Maßnahmen der Regierung aufgehalten werden und zeigt sich einerseits in der Unlust, wertvollere Ware zu verkaufen, andererseits in ungemessen hohen Preisen. Im Hinblick auf die hauffierende Tendenz an der Börse ist auch für die nächste Zeit nicht zu erwarten, daß die Leuzerungswelle etwas abfällt.

Die Kämpfe in Irland.

London, 8. Juli. Die irische nationale Wehrmacht hat den Vorwarsch angetrieben, um die Rebellen einzuschließen, welche die Umgebung von Dublin bedrohen. Das Hauptquartier der Aufständischen, welches sich in Blessington, ungefähr 20 Meilen von Dublin entfernt, befindet, wurde bereits umzingelt.

Das russische Budget.

Haag, 7. Juli. (Sabas.) Auf Fragen nach Einzelheiten über das russische Budget erklärten die Sowjetdelegierten, daß die Volkskommissare noch die Ziffern prüfen, so daß der der Konferenz vorgelegte Budgetentwurf bisher der Genehmigung Moskaus entbehrt. Solonikow bestand zu, daß die wirklichen Einnahmen nur 4 1/2 Prozent der angeführten Einnahmen erreichen.

Die russischen Konzessionen.

Haag, 8. Juli. (Sabas.) Die Unterkommission für das Privateigentum hielt gestern nachmittags wieder eine Sitzung mit der russischen Kommission ab. Litwinow machte eine Mitteilung über die Konzessionen, die den Privateigentümern durch das Dekret vom 3. November 1921 gewährt werden. Es handelt sich um Konzessionen an gemischte Gesellschaften, die von der russischen Regierung unter Beteiligung ausländischen Kapitals organisiert werden. Die Konzessionen werden von den Verfügungen über Nationalisierung, Konfiskation und Requisition nicht betroffen werden. Die Erteilung von Konzessionen wird an die Verpflichtung gebunden sein, daß ein

gewisser Prozentsatz der russischen Arbeiterschaft zu verwenden ist. Litwinow erklärte weiter, daß die früheren Besitzer noch immer ein Privatrecht auf solche Konzessionen geltend machen können, daß aber die Erledigung dieser Frage von den zu erwartenden Krediten abhängt. Bis heute, sagte Litwinow, hat die Unterkommission für Kredite hierüber noch nichts Bestimmtes mitgeteilt. Der Vorsitzende der Kommission Lord Grean erwiderte, daß die Unterkommission für Kredite keine Antwort geben könne, solange der allgemeine Zustand in Russland und die Art und Weise, in der die Kredite gewährt werden könnten, nicht bekannt seien.

Verurteilung der russischen Geistlichen.

Warschau, 7. Juli. (Sch. B.) Man meldet aus Moskau: Im Prozesse gegen die Petersburger Geistlichkeit wurden 12 Angeklagte, darunter der Metropolit Benjamin, der Bischof Benedikt und der Archimandrit Sergius, zum Tode und 53 Angeklagten zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Tages-Neuigkeiten.

Nacharbeit.

Von Alfred Pehold.

Süßern blüht der Mond in die schlafschwere Nacht hinein. Die am Tage so neugierigen Tore der Häuser sind jetzt versperrt.

Wie die Augenhöhlen toter Riesen starrten die Fenster der abertausend Gebäude in die nächtliche Ruhe.

Da und dort glöht noch die geöffnete Tür eines Gast- oder Kaffeehauses schlaftrunken und müde auf die Straße.

Diese ist ruhig und lärmfrei geworden.

Nichts ist mehr im Fließen erloschen.

Alles Getöse des Tages ist wie von einem Schwamm aufgelassen.

Wie ist, als hätte der schwere Schatten der Häuser alles Lebendige erdrückt.

Jetzt dröhnen mäßige Tritte auf den granitnen Schrittschnecken.

Und Klang von Eisen auf Eisen läßt ein fernes Echo aufhallen.

Aus dem breiten Mündungsloch einer Gasse treten viele Männer auf die breite, mächtige Hauptstraße hervor.

Sie tragen Schaufeln, Krampen, Hebestangen und verteilen sich auf Befehl eines Aufsehers in einer langen Reihe entlang dem Schienenstrang der Straßenbahn.

Windlichter flackern auf und greifen mit brennenden Tagen in die laue Luft.

Krampen heben sich in hohem, festem Schwunge und treffen fundensprühend den Boden.

Brechstangen wägen sich gierig zwischen die Granitrippen der steinernen Brust der Straße.

Diese huscht vor Schmerz blaue Funken.

Stählerne Hingler umklammern das eine Schienenglied, das es aufzittert in klirrender, ohnmächtiger Wut.

Schweißtriefende Männer haben ihre Röcke ausgezogen, auf die Pfähle erloschener Laternen gehängt, wo sie, sinnreichste Fahnen der Arbeit, in der Nachtluft flackeln.

Hinter den Fenstern des ersten Stockwerks eines trachtigen Gebäudes ist ein Bürger wach geworden.

Verdrossen horcht er auf die Nachtmelodie der Arbeit und grunzt:

„Westel.“

Gemeindeabgaben. Am 23. Mai 1922 wurde das 46. Stück der tschechischen Ausgabe der S. D. U. V. herausgegeben. Dieses Stück enthält die Regierungsverordnung vom 27. April 1922, S. D. Nr. 143, zur Durchführung des Gemeindefinanzgesetzes. Die deutsche Ausgabe dieses Stückes der Gesetzesammlung wird erst jetzt versendet, also mehr als eineinhalb Monate nach der Ver-

sendung der tschechischen Ausgabe. Nun schreibt diese Regierungsverordnung vor, daß die Gemeinden binnen längstens 60 Tagen nach der Verlautbarung dieser Verordnung der höheren Aufsichtsbehörde (dem Landesauschusse) ein vollständiges Verzeichnis der Gebühren und Abgaben, die bisher auf Grund der vor dem 1. Oktober 1921 erteilten Bewilligungen eingehoben worden sind, samt den betreffenden Richtlinien und den Beschlüssen der Gemeindevertretung darüber vorzulegen haben, ob und welche von diesen Abgaben und für welche Zeit die Gemeinde auch nach dem 1. Oktober 1922 einzuhoben beabsichtigt. Da von dieser sechzigstägigen Frist kaum noch vierzehn Tage übrig sind, hat der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper im Finanzministerium wegen angemessener Erstattung dieser Frist unter Hinweis auf die Verzögerung der Versendung der deutschen Ausgabe des betreffenden Stückes der Gesetzesammlung interveniert. Der Referent, Ministerialrat Brachl, erklärte jedoch eine allgemeine Fristverlängerung für ausgeschlossen. Die Gemeinden müßten vielmehr einzeln beim Landesverwaltungsauschusse die Fristverlängerung erwirken, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, daß ihr Einschreiten vom Landesverwaltungsauschusse nicht zeitgerecht erledigt wird. Der Verband empfiehlt allen Gemeinden, welche infolge der Verzögerung der Versendung der deutschen Ausgabe der Gesetzesammlung die oben bezeichneter Art Frist nicht einhalten können, um angemessene Fristerstattung beim Landesauschusse anzufordern. — Hier tritt wieder einmal trag an den Tag, welche verfahrenen Verhältnisse bei der Herausgabe und Versendung der deutschen Ausgabe der Gesetzesammlung herrschen. Bei einem guten Willen könnte die deutsche Ausgabe gleichzeitig oder doch wenigstens unmittelbar nach der tschechischen Ausgabe erscheinen. Mehrmonatliche Verzögerungen sind nicht zu rechtfertigen, zumal, wenn es sich um Fristen handelt. Denn sonst hätte ja die deutsche Ausgabe überhaupt keinen Zweck. Wir stellen fest, daß dieser Vorgang dem Gesetze vom 20. Dezember 1921, S. D. Nr. 500, nicht entspricht, nach welchem die Gesetzesammlung womöglich gleichzeitig mit den authentischen Wortlauten auch in amtlicher deutscher Uebersetzung zu erscheinen hat.

Eine Bergarbeiterdeputation aus Dux nach Prag zu Fuß. Das „Rude Pravo“ berichtet, daß am Freitag abends eine Deputation von 150 arbeitslosen Bergarbeitern zu Fuß aus dem Duxer Revier, in Wjotzchan bei Prag anlangte und dort lagert. Die Bergarbeiter wollen beim Ministerium für soziale Fürsorge vortreten und Hufe verlangen, weil in der Vorwoche in diesem Revier 12.000 Bergarbeiter aus der Arbeit entlassen wurden. Die Arbeiterschaft ist in einer verzweifelten Lage und sandte deshalb die Deputation nach Prag. Da sie über das Reisegeld nicht verfügten, entschlossen sie sich zu dem viertägigen Fußmarsch und kamen ganz entkräftet an. Wir sind neugierig, ob sich die Regierung nun doch endlich entschließen wird mit einer ersten Tat einzugreifen oder, ob sie die weitere Verelendung der Massen ruhig mit ansehen will. Es ist ein unerhört brutales Vorgehen, das die Unternehmer in letzter Zeit anzuwenden belieben, sehr weit ist aber der Bogen nicht mehr zu spannen.

Genossen, tragt das Parteiabzeichen! Wenn heute alle Bürgerlichen durch ihre Abzeichen die von ihnen vertretene Gesinnung dokumentieren wollen, so müssen auch wir Sozialdemokraten uns jederzeit gegenseitig erkennen. Wir müssen überall zeigen, daß wir die stärkste deutsche Partei in diesem Staate sind. Das Parteiabzeichen, das bei allen Vertrauensmännern zu haben ist, trägt auf Emailgrund die rote Kette und darunter auf schwarzem Grunde die Buchstaben S. D. A. P. (Sozialdemokratische Arbeiterpartei). Der Stiel der Kette ist durch den Buchstaben S

hindurchgeschlungen. Die Genossen können es am Rock tragen, die Genossinnen auch als Brosche. Tragt überall und immer das Parteiabzeichen; es wird allein dazu beitragen, manchen müßigen Schwäger zum Schweigen zu bringen, wenn er sich in der Gesellschaft zahlreicher Sozialdemokraten sieht. Es wird manchen Genossen ermutigen, wenn er sieht, daß er nicht allein ist. Es wird agitatorisch für unsere Partei; er zeigt, wer wahrscheinlich noch nicht politisch organisiert ist, es wird für die Sozialdemokratie. Drum, Genossen, tragt immer das Parteiabzeichen!

Lehrerlaubgebungen. In Eger hielt der Verband sozialdemokratischer Lehrer am 6. d. M. im Frankenthalaal eine öffentliche Volksversammlung ab, in der Abgeordneter Genosse Hillebrand über das Thema „Der Kampf um die Schule“ referierte. An Hand eines reichlichen statistischen Materials wies der Redner das Verbrechen nach, welches von den Machhabern dieses Staates an der deutschen Schule begangen werde. Die Arbeiterschaft könne es nicht dulden, daß ihren Kindern die einzige Bildungsmöglichkeit geraubt oder geschmälert werde. Wir fordern die nationale Selbstverwaltung, weil sie uns die einzige Sicherstellung dafür ist, daß unseren Kindern die Schule erhalten bleibt. Die Verreichung der autonomen Schulverwaltung wird zur Tatsache werden, wenn die tschechische Arbeiterschaft, gedrängt durch die immer größer werdende Klust, die sich zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft auftut, mit den deutschen Genossen für diese einzig mögliche Lösung der Schulfrage wird eintreten müssen. Nach dem Genossen Hillebrand sprach Abgeordneter Genosse Hoffmann über „Sozialismus und Schule“ und forderte die Durchführung einer Reform des Schulwesens, damit die Einheits-Arbeiterschule endlich zur Tat werde. — Der deutsche Lehrerverband hielt am Dienstag in der Sängerküche in Karlsbad die diesjährige Hauptversammlung ab. Vor 1500 Teilnehmern hielten nach der Eröffnung der Versammlung durch Obmann Rohm aus Reichenberg Vertreter verschiedener politischer Parteien und Lehrerorganisationen Begrüßungsansprachen; für den Parteivorstand sowie den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren sprach Genosse Hillebrand, der in einer kurzen Rede unter stürmischem Beifall der Anwesenden für die Schulautonomie und für die Trennung der Schule von Kirche und Staat eintrat. In der Erledigung der Tagesordnung referierte Eule-Reichenau über die Gehaltsfrage, Scholz-Prag über Trennung von Kirche und Staat und Genosse Ratschinka-Brünn über die Schulautonomie. Alle vorgeschlagenen Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Zum Kapitel Wohnungsnot. Nach dem „Pilsener Tagblatt“ wird mit dem Bau der Kasernen in Tachau im September begonnen werden. Auf diese Weise wird dem Wohnungselend nicht abgeholfen werden.

Verband „Deutsche Hülfschule“. Der Verband „Deutsche Hülfschule“ hielt am 2. d. M. in der Universitäts-Kinderklinik in Prag II seinen zweiten Verbandstag ab. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden, Hülfschule-Leiter Maršas-Reichenberg, hielt Direktor Doktor Malý-Tropan einen Vortrag über „Die Entwicklung des kindlichen Seelenlebens“. Dann sprach Oberlehrer Gürtler-Chemnitz-Altenhof, der dem Verbandstag die Größe der reichsdeutschen Vereine übermittelte, über „Die eideltsche Veranlagung und ihre Bedeutung für die Praxis des Unterrichtes in der Muttersprache bei Geisteschwachen“. Sein überaus lebendiger, anschaulicher Vortrag, ganz „aus der Praxis“ für die Praxis, bot den Anwesenden eine Fülle von Anregungen. Nachmittags berichtete Hülfschul-

Der Einsam.

Erzählung von Ludwig Anzengruber.

„Das taugt nicht, Herr Konrater,“ rief der Pfarrer, „das taugt in Ewigkeit nicht, durch Zuarbeiten wird Aergernis alt und übles Beispiel mächtig. Es ist leider nur zu lange zugezogen worden, und ich fühle mich verpflichtet, dem ein Ende zu machen, und werde ohne Zögern den beiden Burschen den Daumen aufs Auge drücken; der eine soll sich entschließen zu leben, wie es unter Christenmenschen der Brauch ist, der andere soll die Dirne zu Ehren bringen oder er soll sie lassen! Was etwa aus den beiden werden mag, wenn sie sich nicht fügen und vom Orte müssen, darüber habe ich nicht zu arübeln.“

Der Pfarrer erhob sich, der Kaplan, der seinem Beispiele folgte, tratete sich mit einem bunten Sacktuche den Schweiß von der Stirne. „No, nit für ungut,“ sagte er mit vor Erregung satternder Stimme, „daß ich mir überhaupt erlaubt hab, etwas zu bereden, aber ich wollt nit damit zurückfallen, weil ich gemeint hab, mein Wort, als von ein'm, der lang genug hierorts war, um sich auszuweisen, möcht nit zu verachten sein, und weil ich darauf bedacht war, Unheil zu verhüten, das ich möglich kommen seh, wann.“

„Kein Wort weiter in der Sache, Herr Kaplan,“ unterbrach ihn der Pfarrer, „ich handle, wie mir Pflicht und Gewissen vorschreiben, und übernehme vor Gott die Verantwortung!“

„Ro, so empfehl ich mich halt, Herr Pfarrer, gehorsamer Diener!“

„Glückliche Reise! Noch eins.“

ich Sie ersuche, dort nach einer Person zu forschen, die seit Jahren für mich verschollen ist.“

„Gern, bitt mir nur 'n Namen zu sagen und was ich sonst etwa zu wissen nötig hab.“

„Um ja,“ dehnte der Pfarrer, er blickte nach dem Fenster, außen war düstere Nacht geworden, rings waren Wolken aufgestiegen und der Berg mit den Hörnerstumpfen war verschwunden.

„Wir sprechen noch darüber,“ sagte er kurz.

„Es ist wenig Zeit mehr.“

„Ich kann ja auch schreiben.“

„Run, ist recht, gute Nacht!“

„Gute Nacht!“

Kopfschüttelnd ging der Kaplan nach seiner Stube. „Vor Gott übernimmt er die Verantwortung!“ murmelte er. „Die vor Menschen liegt doch näher; ich möcht' nit vorm lieben Herrgott zu vertreten haben, was ich nit vor d' Menschen kann!“

Bald stand der Pfarrer im Dunkeln, alle Lichter waren verlöscht, und die Zwofhner zur Ruhe gegangen. Der Pfarrer lag in tiefem, ruhigem Schlaf und nur ein paar Schritte davon, in der Stube nebenan, quälten den Kaplan böse Träume — er sah den geheften Einsam wie ein wildes Tier in das friedliche Tal einbrechen — auf einer endlos langen Straße ging der Schneider-Tomerl dahin und schlug mit seinem Wandersteden nach großen, runden Kieseln, die am Wege lagen, wie auf geschorene, harte Pfaffen-schädel, und bei dem einen Streiche rief er „Just nit“, bei dem andern „zu Trub“ und „zwingen nit“ — und weit unten, dort, wo sich der Bach über der Mühle staut, da sichten die Leute mit Stangen und Seilen den Leichnam einer Dirne aus dem Wasser, an deren Brust ein fahles, totes Kind angeklammert lag.

Er hatte einer recht unruhige Nacht, der gute, alte Mann.

3.

Es war zur frühen Morgenstunde. Das Licht war noch nicht wach, und rings lag alle Farbe wie im Traum und sprach wie aus dem Schlafe. Es war um die Zeit, wo vor dem Tage ein leichter Schauer einhergeht. Ein Leitervagen mit zwei Pferden bespannt, die schnaubend aus einer Futterbarre saßen, stand vor dem Pfarrhose, dessen beide Torflügel weit geöffnet waren; in dem Hür bewegte sich schwerfällig ein dicker Frauenzimmer, das bald nach dem Wagen, bald nach der Treppe sah, es war die Pfarrföchin, welcher die Abreise des Kaplans so nahe ging, wie der Tod des früheren Pfarrers; beide, für deren Abfütterung sie doch eine so rechtshaffen lange Zeit geforgt hatte, gingen ja auf Nimmerwiederkehr.

Jetzt ward es laut auf der Treppe, zwei Bauernbursche schleppten sich mit der einen der beiden großen Kisten. Der Kaplan wollte seine Kostbarkeiten nicht aus den Augen lassen; unter fortwährendem Ermahnungen zur Vorsicht zwangte er sich wiederholte Male zwischen Wand und Kiste vorbei und war den Trägern bald voraus, bald neben, bald hinterher und immer im Wege, und als im Hür die Dide angerufen wurde und, statt zur Seite zu treten, kopflos gegen die Leute anrannte und der Kaplan mit aller Kraft da anfaßte, wo nichts zu halten war, da geschah, was bei solcher mit störender Unsicht geleiteten Verhinderung zu erwarten stand, die Kiste fiel polternd zu Boden.

Wäre es zu Zeiten des Mittelalters gewesen, wo es noch fruchtete und man daher leichter darauf verlief, der Kaplan hätte die beiden Burschen sicher in Bann getan, so aber begnügte er sich damit, unter Anrufung von „Jesus und

Joseph“ die Hände über dem Kopfe zusammenzuschlagen.

„Des Verdangelten Dodeln,“ sagte er zornig, „ös hauts mer ja alles z'fammen!“

„Na ja,“ sagte der eine und traute sich die Wangen, freilich, jetzt sein wir Dodeln. Wir täten sich ja eh leichter, wenn nit d' Jungfer Sessler im Weg stehn und ein'm her hochwürdig' Herr nit allweil unter 'n Füßen h'rum rennen möcht!“

Die beiden Angeschuldigten ließen sich bedeuten. Die Pfarrföchin nahm, dem Kaplane wiederholt die Hand küßend und drückend, Abschied und ging vor sich hinneidend nach der Küche. Ja, ja, was man erlebt, wenn man alt wird.

Der alte Herr stieg die Treppe hinan und blieb in seiner Stube, bis das letzte Gepäckstück hinweggetragen worden war, dann folgte er mit dem Handkofferchen.

Als er aus dem Tore trat, empfahl sich der eine Bursche mit vielen Kragfüßen in ein gut' Angebenken bei dem hochwürdigen Herrn. Der gab ihm einige kleine Münzen. „D, so war's nit g'meint g'wesen,“ beteuerte der Beschenkte, „derhalb was anz'nehmen, müßt er sich ja frel schämen.“ — dabei schloß er die Hand — „ganz für unkonst hält's sein soll'n,“ — und damit hob er sie in die Tasche.

Der andere Bursche befand sich auf dem Sighrette des Leitervagens, knallte mit der Peitsche und machte sich recht schmal, denn neben ihm sollte Blah, viel Blah bleiben für den Herrn Kaplan; der reichte eben sein Kofferchen hinauf und war im Begriffe aufzustiegen, da schlich einer heran, der ihm vor wenig Stunden durch die Träume spudte, der Einsam war es.

(Fortsetzung folgt.)

Zeiter Rudolf Marschall-Reichenberg über den „bisherigen Verbestand des Hilfsschulgelehrer-Entwurfes“. Nach mehr als drei Jahren ist es endlich gelungen, die Regierung zu einem Hilfsschulgelehrer-Antrage zu bewegen; mehr als zwei Jahre liegen bei dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur mehrere solche Gesekentwürfe. Schon vor einem Jahre war der erste Gesekentwurf des Schulministeriums ausgearbeitet. Dieser Entwurf war vom Verständnis für die Hilfsschule diktiert. Der jetzige, neue Regierungsantrag aber zeigt in vielen seiner Bestimmungen Abänderungen, welche unzweifelhaft eine wesentliche Verschlechterung der Hilfsschulstellung bedeuten. Als treffendes Beispiel führt der Redner die Freisetzung der Schülerhöchstzahl für eine Hilfsschulklasse an. Im alten Oesterreich war die größte Anzahl der Schüler für eine Hilfsschulklasse mit 15 festgesetzt. Der Regierungsantrag verlangt aber, daß die Höchstzahl für eine Klasse mit 25 Kindern festgesetzt werde. Daß diese Bestimmung geradezu eine physische Unmöglichkeit für den Hilfsschullehrer bedeutet, wird jeder bestätigen, der den Unterricht in Hilfsschulklassen besucht hat. Der Regierungsentwurf ist von allen maßgebenden Stellen begutachtet worden und es steht der parlamentarischen Behandlung nun nichts mehr im Wege. Als nächster Referent sprach Dozent Dr. Ernst Kalnus-Prag über den „Schutz der Schwachmünnigen nach gegenwärtigem und zukünftigem Recht“. Seine Ausführungen ließen klar die Mängel und Härten unserer veralteten Zivil- und Strafrechtsordnungen erkennen. Mit dem Thema „Der Handarbeitsunterricht in der Hilfsschule“ beschloß Hilfsschulleiter Karlmann Böhmne-Ruffig die Reihe der Referate. An alle Referate schloß sich eine lebhaft geführte Debatte, welche das wachsende Interesse an der Hilfsschule und Schwachmünnigenfürsorge fundiert. — Der nächste Verbandstag findet in Ruffig, Prag oder Brinn statt.

Das Attentat auf Milulow. Der „Freiheit“ zufolge haben die Geschworenen im Prozesse gegen die ehemaligen russischen Offiziere, die das Attentat in der Berliner Philharmonie auf Milulow begingen, sämtliche Schuldfragen bejaht. Das Urteil lautet gegen Saborik auf zwölf, gegen Schabelski Borg auf 14 Jahre Zuchthaus.

Die deutsche Gewerbechau in Komotau wurde gestern eröffnet. Gegen die ursprüngliche Absicht, nur zwei große Hallen zu errichten, mußte wegen der Fülle der Anmeldungen noch eine dritte Halle errichtet werden, damit die landwirtschaftlichen Produkte und Produktionsmittel untergebracht werden konnten. Ferner wurde beschlossen, die Gewerbechau bis 16. August offen zu halten.

Ueber die schlechten Feuerpolizeilichen Vorkehrungen in Groß-Prag bringt das Abendblatt des „Pravo Lidu“ vom Freitag, bemerkenswerte Mitteilungen. Danach spart die Prager Großkommune sehr an unrichtigen Orte, nämlich an städtischen Feuerwehrtürmen. Dieses ist dem Magistrat über unterstellt, der die ihm zur Kassearbeit für das Feuerwehrtürme zugewiesenen Kräfte, für die Bearbeitung der Angelegenheiten der Prager öffentlichen Anlagen verwendet, weil auch diese ihm unterstellt sind, was, wie das Blatt meint, zum Nachteil des Feuerwehrdienstes geschieht. Einer dringenden Abstellung bedarf aber die geringe Anzahl der die Feuerbereitschaft verfassenden Mannschaft. In ganz Groß-Prag sind dies 29 Mann u. zw.: In der Zentralk 13, in Lieben 5 auf dem Stadtschin 5 und in Holešowich 5. Auf der sehr gefährdeten Neustadt, wo sich die Theater, Krankenhäuser und andere ähnliche Anstalten befinden, wird überhaupt keine Feuerbereitschaft gehalten. Ebensowenig auf der Kleinstadt und auf dem Obšchegrad. Auch auf der Altstadt ist die Vorfrage eine geringe. Wenn ein Feuer ausbräche, müßte auf die Einberufung der freiwilligen Feuerwehr erwartet werden. Es ist dringend nötig, daß hier Abhilfe geschaffen wird, bevor es zu spät ist.

Kleine Chronik.

Schutz gegen die Hitze. Im allgemeinen kann man beobachten, daß die Hausfrau bei der „Üftung“ der Zimmer im heißen Sommer nur wenig zweckmäßig verfährt. In den meisten Fällen zieht sie alle Vorhänge zurück und öffnet die Fenster weit von früh bis abends, damit die „gute Luft“ hereinströme. Ein solches Verfahren an den heißen Tagen dient nur dazu, die schwere, stidige Luft hereinzulassen. Der einzige Weg, die Wohnung zu ventilieren und so gut wie möglich auszukühlen, ist das Herinlassen der kühlen Nachtlust, wobei alle Fenster und Jalousien weit geöffnet werden sollten. Wenn die Familie aufsteht, werden die Fenster auf der Sonnenseite des Hauses geschlossen, und die Vorhänge vorgezogen. Auf die Weise kann die Temperatur innerhalb der städtigen Räume weit unter der Temperatur der Außenluft gehalten werden. Gleichzeitig sind die Zimmer mit der kühleren Luft der Nacht anzufüllen, die von besonders guter Wirkung auf den Organismus ist. Wichtig ist im Sommer auch, daß jedermann möglichst regelmäßig lebt und sich gleichmäßig betätigt. Alle Handgriffe mache man möglichst ruhig, unterlasse, wo es irgend möglich ist, überanstrengende Leistungen, und vor allem Sorge man dafür, daß die Kinder sich im Sommer nicht so wild tummeln wie bei kühlerem Wetter. Gleichlag bei Kindern, der sehr erste Folgen hervorrufen kann, wird fast stets dort vermieden, wo sie sich an schattigen Plätzen aufhalten und zu ruhigen Spielen angehalten werden. Die Kleidung der Kleinen wird am besten auf ein Mindestmaß beschränkt und ihr Aufenthalt außerhalb des Hauses während der heißen Stunden möglichst vermieden. Während der heißen Nachmittage schlafen die Kinder, besonders die im garten Alter, am besten in einem

verdunkelten Zimmer. Viel Wasser oder sehr schwacher Tee sind ein gutes Abweitungsmittel bei großer Hitze, dagegen sollte man, wenn nur die geringste Abneigung gegen Milch besteht, keinerlei Zwang in dieser Richtung ausüben.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.
Die Belektigung der Krone.**

Während noch vor wenigen Tagen das bedeutendste Ereignis auf dem Devisenmarke der Wertverfall der Mark gegenüber allen anderen Währungsseinheiten gewesen ist, ist gegenwärtig das insbesondere für die Tschechoslowakei bedeutendste Ereignis auf den Börsen die Befestigung der tschechoslowakischen Krone, das heißt das Heruntergleiten des Wertes fast aller anderen Währungen — auch der sogenannten Edelvaluten — gegenüber der tschechischen Krone. Innerhalb von vier Tagen, vom 3. bis 7. Juli ist die tschechoslowakische Krone in Zürich von 10.10 auf 10.80 gestiegen. In derselben Zeit ist die Mark gegenüber der Krone von 12.25 auf 9.25, die österreichische Krone von 0.26 auf 0.22 gefallen. Diefelbe Tendenz waltet, wie gesagt, auch bei den Edelvaluten vor. In den angeführten vier Tagen sind gefallen: das Pfund Sterling von 230 auf 214, der Dollar von 52 auf 48, der französische Franc von 436 auf 375, die Lire von 243 auf 207. Wiewohl die Börsenspekulation hier ihre Finger im Spiele hat und die tschechoslowakische Krone direkt zu einem Spekulationsobjekt auf allen europäischen Börsen geworden ist, liegen dieser Erscheinung, wie den meisten Börsenvorgängen, wirtschaftliche Ursachen zugrunde. Auch die Spekulation braucht zu ihrer Entfaltung gewisser wirtschaftlicher Voraussetzungen, ohne die sie auf die Dauer nicht durchdringen kann. Der wirtschaftlichen Ursachen für die Befestigung der tschechischen Krone gibt es mancherlei: vor nicht so langer Zeit hat der Staat eine langfristige Anleihe von zehn Millionen Pfund Sterling ausgenommen, wodurch eine große Masse fremder Devisen ins Land kam, sodas die Nachfrage nach den fremden Devisen gefallen ist, was deren Wert heruntersetzen mußte. In derselben Linie wirkt die Prager städtische Anleihe. Dazu kommt noch, daß während in den umliegenden Ländern die Banknotenpresse Tag und Nacht geht — ist doch die ganze deutsche Staatsverwaltung in ihrer finanziellen Grundlage durch einen Währungsstreik bedroht, der kaum eine Woche dauert, wobei auch der Druck von Banknoten unterbleiben ist — werden bei uns seit der Währungsstrennung keine Banknoten gedruckt. Im Gegenteil, die Ausgabe des Bankamtes zeigen, daß die umlaufende Banknotenmenge stetig sinkt. Während vor ein oder eineinhalb Jahren die umlaufende Banknotenmenge etwa zwölf Milliarden betrug, beträgt sie heute neun Milliarden, weil nach dem Gesetz über die Vermögensabgabe ein Teil der einlaufenden Summe zur Verminderung des Banknotenlaufes verwendet werden muß. Nicht unwesentlich erscheint uns auch, daß die Ernte des Jahres 1921 eine sehr gute war, die Menge des geernteten Getreides war um mehr als ein Drittel größer als im Jahre 1920, wodurch viel weniger Getreide eingeführt werden mußte als in den früheren Jahren. Das Steigen der tschechoslowakischen Krone wird wohl den Konsumenten zugute kommen, hält es an, dann haben wir im nächsten Erntejahr mit wesentlich billigeren Preisen von Getreide und Mehl zu rechnen, dagegen werden die Schwierigkeiten unserer Industrie noch mehr vergrößert. Wiewohl die Tschechoslowakei nachgerade der ruhende Punkt inmitten des Währungsverfalles der Nachbarstaaten wird, werden wir von der uns umgebenden furchtbaren Entwicklung nicht unberührt bleiben und wirtschaftlich auf das schwerste geschädigt. In der Verhärtung unserer Wirtschaftskrise spüren wir den engen Zusammenhang mit der Wirtschaft der uns umgebenden Länder und erkennen, daß uns nur geholfen werden kann, wenn Europa geholfen wird, wenn Deutschlands Reparationslast abgebaut und Oesterreich gefunden wirtschaftlichen Verhältnissen entgegengeführt wird.

Die Betrügereien in der Glasindustrie.*)

Die „Obrana“ veröffentlicht neue Dokumente zu den Betrügereien der Firma Benhans. Interessant ist gleich der Bilanzbericht dieser Fabrik. Laut dieser Bilanz kosteten die Glaswerke in Turn 27,901,305 K 63 h, während nach den Statuten des Gründungsberichtes der Konzeffionäre der Preis bloß mit 12,783,500 K eingesezt ist. Dieser Preis wurde vom Jng. Vesla und vom Präsidenten der Zivnobant Wilhelm Paul festgesetzt.

Wie diese Abschätzungen, die von den Ministern des Innern, der Finanzen und des Handels überprüft wurden, in Wirklichkeit aus-

sehen, beweisen folgende Tatsachen: In Absatz II, 1. des Gründungsberichtes, der vom Ministerium des Innern genehmigt wurde, heißt es, daß von der Turner Gesellschaft auch ein völlig fertiger Ofenofen für zehn Ofen im Durchschnit 1:1 m mit den dazugehörigen Kahlöfen übernommen wurde, aus denen jährlich Ware im Werte von 10 Millionen Kronen bezogen wird. Da dieser Ofen überhaupt nicht existiert, ist es ein Rätsel, wie diese Konzeffionäre den Revisoren und Abschätzern des Wertes dieses Objekt herzaubern konnten und wie es möglich war, die Ministerien und Kemter so zu betrogen. Hatte diese Gesellschaft nicht bei den Staatsämtern irgendeinen „Insel“, der einfach einen dicken Strich über alles machte und so die unwahren Angaben sanktionierte, sowohl die der Konzeffionäre, als auch die der Fachrevisoren? Die Kemter haben sich nicht überzeugt und haben den Gründungsbericht, wie auch die Statuten der neuen Gesellschaften einfach nicht befragt. Damit aber der Höhepunkt der Frechheit der betrügerischen Konzeffionäre erreicht wird, heißt es weiter im Gründungsbericht, daß im Turner Werke ein weiterer größerer Ofenofen für Tafelglas ist, wie auch fünf Arbeitsströmmeln mit dem dazugehörigen Wannenofen, eine Glaschneiderei, usw. und daß auf dieser Anlage Ware im Wert von 10 Millionen Kronen jährlich erzeugt werden kann. Außerdem soll hier eine Zentralheizung eingerichtet worden sein, ein Wasserwerk, eine Anektisierung, eine elektrische und Gasbeleuchtung und auch eine Zweiglinie der Aussig-Teplitzer Eisenbahn. All dies ist Phantasie, da tatsächlich diese Objekte, insbesondere eine Zweiglinie der A. T. E. nicht existieren.

Da nach dem Gründungsbericht und den Statuten dieser Gesellschaft diese nicht existierenden Objekte zum Uebernahmepreise von 12,783,500 K übernommen wurden, kann dieser Uebernahmepreis nicht richtig sein, denn der Aufbau der nicht existierenden Objekte würde mindestens zwei Millionen Kronen erfordern, sodas der richtige Preis der Uebernahme höchstens 10,783,500 Kronen ausmachen könnte.

Wie war es nun möglich, daß die Kemter bei der Gründung dieser Aktiengesellschaft die in die Augen springenden Differenzen übersehen? Wo ist nur beim Uebernahmepreis die Differenz von 15 Millionen Kronen geblieben? Liegt denn unseren Steuerämtern nichts an der Besteuerung einer so großen Summe bei einer Uebertragung einer Aktiengesellschaft? Oder hat das Gesetz hier eine Ausnahme deswegen gemacht, weil die Zivnobant banka die Aufgabe übernommen hat, diese mustergültige Gesellschaft zu gründen?

Also in diese neue Gesellschaft wurden in bar 13,126,500 K gebracht und trotzdem war sie bis heute, also bis zu einem Jahre nicht fähig, die Erzeugung aufzunehmen. Gesah dies vielleicht deswegen, damit die Manipulationen der verantwortlichen Faktoren zugehört werden, oder nur darum, damit die Zivnobant ihre Forderungen zuungunsten der kleineren Gläubiger hypothekarisch festlegen kann?

Es würde uns interessieren, auf welche Art die Hypothek der Zivnobant von zehn Millionen Kronen gesichert wurde und wie dabei das Handelsgericht in Veitmeritz vorgegangen ist. Ferner wird es uns interessieren, ob durch das Steuernamt das Bestehen der Gründer der Gesellschaft Penhaz, Anjez, Stalmach und Konsorten, welches dieses in bar in die neue Gesellschaft brachten, besteuert wurde.

Es ist auch bekannt, daß Penhaz der einzige Abnehmer aller erzeugten Ware war, welche nur in der Turner Glasfabrik einen Wert von 6 Millionen repräsentierte. Die Bilanz aber weist einen Warenvorrat im Werte von 1,769,698 K aus und Forderungen von 2,412,719 K, also im ganzen 4,182,317 K, sodas sich nur aus den Lieferungen dieser Glasfabrik eine Differenz von 10,817,682 Kronen ergibt, welchen Betrag also Penhaz der Gesellschaft schuldete. Dennoch figuriert er mit Unrecht in den Passiven mit einer Forderung von 10,691,830 Kronen. Wenn er aber diesen Betrag nicht schuldet, so wäre es interessant zu erfahren, ob er oder die Zivnobant, mit der er arbeitete, die fremde Valuta im Finanzministerium abführte. Da in diese Affäre die Zivnobant verwickelt erscheint, welche die Geldwirtschaft in unserem Staate beherrscht, wissen wir, warum in dieser betrügerischen Affäre bisher nicht eingeschritten wurde, so wie eingeschritten würde im entgegengesetzten Fall, wenn die durch diese Manipulation um die Arbeit gebrachten 1300 Arbeiter und Angestellten mit ihren Familien in die Betriebe zurückzuführen und aus eigenem Antrieb die Arbeit wieder aufzunehmen beabsichtigen. Da gäbe es ein Gefahre, daß man mit Unrecht fremdes Eigentum beschlagnahmt.

Zum Schluß haben wir nur eine Frage: „Wie beabsichtigen die Regierung und die Behörden, als auch die parlamentarischen Kreise und die gesetzgebenden Körperschaften in diesem Falle einzuschreiten und also das Unglück, welches die Arbeiter und Angestellten betroffen hat wieder gutzumachen?“

Der **Textilarbeiterstreik in Nordböhmen** hat an Ausdehnung bis jetzt noch nicht zugenommen. Tene Arbeiter, die im Streik stehen, sind lauter Mitglieder der Union. In jenen Orten, wo die Kommunisten und Christlichsozialen die Mehrheit der Organisierten bilden, hat noch kein Mann die Arbeit stehen lassen. Am Donnerstag abends sollte in Schönlinde eine Versammlung der Vertrauens-

leute des Kreises stattfinden. Da Herr Mai jedoch ultimative Forderungen stellte, die von den Warnsdorfer Vertrauensleuten und den Vertretern des Unionsvorstandes unmöglich akzeptiert werden konnten, verließen diese und die Warnsdorfer Vertrauensleute das Lokal und zeigten Herr Mai, daß sie sich von ihm nichts diktieren lassen wollen. Ja, es ist überhaupt eine offene Frage, was der Sekretär Mai in einem anderen Verbande zu suchen hat. Eine am Freitag abends im Warnsdorfer Vereinshaus stattgefundene Versammlung nahm einstimmig eine Entschlieung an, in welcher den verantwortlichen Funktionären und Sekretären der Union für ihre bisherige Tätigkeit im Lohnkampfe das vollste Vertrauen votiert wird. Die bestrittenen Textilfabrikanten haben an die Streikenden einen ultimativen Aufruf gerichtet, am Montag, den 10. Juli in die Betriebe zurückzukehren, natürlich zu denselben Bedingungen, wegen deren der Streik ausgebrochen ist. Am Samstag gaben die Rumburger streikenden Arbeiter den Herren die Antwort. In einer von allen im Auslande Befindlichen besuchten Versammlung wurde einstimmig beschlossen, den Aufruf der Unternehmer unter keinen Umständen zu beachten und im Streik zu verharren. An diese Versammlung schloß sich eine Demonstration. Die Versammlungsteilnehmer zogen, proletarische Liebeslieder singend, durch mehrere Straßen an den Betrieben vorbei und der Zug ging, ohne daß Zwischenfälle vorgekommen wären, auseinander. — Sehr eigentümlich berührt es, daß der kommunistische Sekretär Herr Mai wohl gegen die Sekretäre der Union hegt, aber sich nicht dazu versteht, in Brunnau, wo er jedenfalls doch nur mit der Augenwimper zu zuden brauchte und seine Anhänger ihm sofort folgen würden, den Streik zu proklamieren.

Die Verteuerung des Mehls. Durch die höhere Bewertung, welche die tschechoslowakische Krone auf den internationalen Börsen erfahren hat, ergibt sich die Möglichkeit, daß die Bevölkerung aus dem Auslande billigere Lebensmittel, vor allem billigeres Mehl erhält. Damit dies ja nicht geschehe, hat die Regierung seit dem 1. Juli die freie Mehleinfuhr eingeschränkt. Durch die einschränkende Verordnung wurde den Agrariern ein Geschenk gemacht, weil dadurch der hiesige Mehlmarkt auf die vorrätig lagernden Mehle angewiesen ist, die natürlich während der alten Kampagne, — insbesondere die griffigen Mehle, welche für den breiten Konsum in Frage kommen — ziemlich zusammengeschrumpft sind. Der gewünschte Erfolg dieser Verordnung zeigte sich bereits an der dieswöchentlichen Dienstag-Börse in Prag, indem in griffigen Mehlen eine lebhaft Nachfrage war und die Preise entsprechend anstiegen, trotzdem wir vor der neuen Ernte stehen und mit einer Verbilligung der Mehle sonst zu rechnen hätten. Wenn die tschechoslowakische Valuta gefallen wäre, hätte die Regierung wohl kaum etwas unternommen, um der Bevölkerung billigeres Mehl zu verschaffen. Weil aber die Valuta gestiegen ist, muß etwas geschehen, um den „notleidenden“ Agrariern zu helfen.

Weitere Einschränkung der Kohlenförderung im Mähr.-Ostrauer Revier. Wie die „Ostrauer Zeitung“ meldet, haben die dortigen Grubenbesitzer beim Bergamte um die Erlaubnis angelehrt, die Kohlenförderung bis zum Ende dieses Jahres auf drei Tage wöchentlich einzuschränken. Sie begründen dies mit der Stagnation im Kohlenhandel und mit der Gefahr der Selbstentzündung, welche den großen Kohlenvorräten droht. (In den meisten Gruben Ostraus wird jetzt schon nur an drei bis vier Tagen wöchentlich gefördert. D. Red.)

Lieferung von 7000 landwirtschaftlichen Maschinen nach Sowjetrußland. Zu dieser Nachricht erfährt die „Tribuna“, daß die Raudnitzer Firma Bächer mit Rußland die Lieferung von 7000 Pflügen abgeschlossen habe, die für die fruchtbarsten Gegenden Sibiriens bestimmt sind. In Archangelsk und Odborsko sind Kompenzationslieferungen, größtenteils Pelze, vorbereitet, die noch vor dem Zufrieren des Eismeeres befördert werden sollen. Der Pflugtransport geht am 20. d. M. von Hamburg ab, wird in Archangelsk auf Schiffe mit kleinerem Tiefgang umgeladen und geht dann über das Rarische Meer nach dem Bestimmungsorte.

Metallarbeiter und Hilfsarbeiter, Achtung! Dem internationalen Metallarbeiterverband wird aus Klausenburg mitgeteilt, daß sich die rumänischen Metallarbeiter in einem schweren Abwehrkampf gegen die Abschaffung des Achtstundentages und umfangreiche Lohnreduzierungen befinden. Die rumänischen Kollegen beschwerten sich, daß ihr Kampf ganz besonders dadurch erschwert wird, daß Agenten im Auslande Streikbrecher werden. Besonders die Maschinenfabriken Schiel in Kronstadt und die Firma Prineh in Szatmar lassen durch Agenten in Deutschland, Ungarn, Oesterreich und auch in der Tschechoslowakei Arbeitswillige werben. Einer der geriebensten dieser Agenten ist ein gewisser Ingenieur Pauli aus Kronstadt, der unter allen möglichen Versprechungen Arbeiter zur Auswanderung nach Rumänien auffordert. Wir fordern die Metallarbeiter aller Kategorien sowie die Industrieführer auf, Arbeitsangebote nach Rumänien abzulehnen und falls sich Werber zeigen, diese sofort dem Internationalen Metallarbeiterverband in Komotau bekanntzugeben. Der Kampf der rumänischen Metallarbeiter geht um wichtige Errungenschaften des gesamten Proletariates und es wird eine Niederlage der Arbeiter in Rumänien unseren Scharfmachern neuen Mut zu neuen Angriffen machen. In zug nach Rumänien ist strengstens fernzuhalten.

Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn. Im „Pragai Magyar Hirlap“ erörtert der ungarische Staatssekretär

* Siehe unsere Folge Nr. 154 vom 4. Juli.

Bela Schöberl, Generaldirektor der Budapest-er Finanzzentrale, die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn. Ungarn beabsichtigt, einen Vertrag auch mit Rumänien und Jugoslawien, vor allem aber mit der tschechoslowakischen Republik und zwar aus folgenden Gründen abzuschließen. So sind u. a. die tschechoslowakischen Grenzen in unmittelbarer Nähe Budapests und die ungarische Industrie ist auf das tschechoslowakische Holz und andere Rohprodukte angewiesen. Auch für die industrielle Tschechoslowakei ist es von Interesse par excellence Beziehungen mit Ungarn anzuknüpfen. Die tschechischen staatlichen und leitenden administrativen Funktionäre sehen klar, daß die Nachfolgestaaten der gewesenen Monarchie auf die gegenseitige Hilfe angewiesen sind. Die ungarischen Delegierten werden mit der Absicht nach Prag kommen, so rasch als möglich die Verhandlungen zu beendigen. Sie haben aber auch die Pflicht, sich um einen weitgehenden Schutz der ungarischen Interessen zu kümmern. Dazu bemerkt das Blatt, daß Schöberl Führer der ungarischen Delegation sein werde.

Der internationale Landarbeiterschutz. Bekanntlich hat vor einiger Zeit das internationale landwirtschaftliche Institut in Rom, die Zentralorganisation der Agrarier, der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Landarbeiter nicht zu jenen arbeitenden Menschen gehören, deren Interessen durch das internationale Arbeitsamt, das auf Grund von Teil XIII des Friedensvertrages ins Leben gerufen wurde, zu wahren sind. Dagegen hat nun die internationale Landarbeitersöderation mit dem Sitze in Utrecht (Holland) in einem Schreiben an den internationalen permanenten Gerichtshof im Haag energisch protestiert. Es wird darin der Beweis geliefert, daß bei der Festsetzung der Bestimmungen des Friedensvertrages nicht die Absicht vorgeherrschet hat, die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes ausschließlich auf die industrielle Arbeiterschaft zu beschränken. Eine andere Auffassung konnten die Landarbeiter auch nicht erwarten, denn gerade während des Krieges hat sich gezeigt, welche außergewöhnliche Rolle die Ernährungsfrage, namentlich die landwirtschaftlichen Produkte spielten. Die Lebensmittelproduktion würde auf die Dauer in erheblichem Maße Schaden erleiden, wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter schlechter als die Arbeiter der anderen Berufe behandelt würden. Diese Tatsache würde unvermeidlich eine Verminderung der Arbeitslust auf dem Lande zur Folge haben und bei auflebender Industrie den Zugang der Landarbeiter nach den Industriezentren verstärken, was wiederum zu Arbeitermangel in der Landwirtschaft führen kann. Die Folgen wären nicht nur nachteilig für die Landwirtschaft selbst, sondern in gleichem Maße für die Gesellschaft überhaupt. Die Einbeziehung der Landarbeiter in die internationale Regelung hinsichtlich der Arbeitszeit, des Frauen- und Kinderschutzes etc., ist somit ein Gebot sozialer Notwendigkeit. — Es ist zu erwarten, daß der internationale Gerichtshof in seinem Gutachten der Anschauung der internationalen Landarbeitersöderation beitrifft.

Eine Novelle zum Genossenschaftsgesetz in Deutschland. Der deutsche Reichstag hat soeben eine Novelle zum Genossenschaftsgesetz beschlossen. Danach muß in Zukunft die Generalversammlung der Genossenschaften mit mehr als 10.000 Mitgliedern aus gewählten Vertretern der Genossen bestehen. Beträgt die Mitgliederzahl einer Genossenschaft mehr als 3000, so kann das Statut das gleiche bestimmen. Bisher mußte jedes Mitglied in der Generalversammlung sich selbst vertreten, was bei den größeren und größten Vereinen rein räumlich zur Unmöglichkeit und zur Unzulänglichkeit geworden ist. Weiter sind neue Bestimmungen getroffen worden, die die Arbeit in der Genossenschaft erleichtern. Damit wird der unerlässlichen Zusammenfassung der Verbrauchkräfte manche bisherige Schwierigkeit und Unständigkeit aus dem Wege geräumt und den Mitgliedern einer aus Zweckmäßigkeitsgründen aufgelösten Genossenschaft der Uebertritt leicht gemacht.

Rückgang der Devisenhausse in Berlin. Wie unser Berliner Korrespondent meldet, trat zum Wochenschluß an der dortigen Börse ein starkes Angebot an ausländischen Zahlungsmitteln hervor, das deren Kurs etwas drückte. Das Nachlassen der Devisenhausse erklärt sich zum Teil daraus, daß den Hausseführern Geldmittel zur weiteren Beteiligung fehlen. Außerdem wirkt die etwas ruhigere Beurteilung der politischen Verhältnisse auf das Geschäft zurück.

Kurse der Wälu'n.

Jährlicher Kurs. Berlin 0.99.50, Wien 0.02.50, Prag 11.—, Holland 202.75, New York 5.23.50, London 23.20, Paris 41.60, Mailand 23.32, Budapest 1.40, Agram 1.57.50, Warschau 0.10.75, Wien gest. 0.02.75.

Kunst und Wissen.

Wagner-Mythos, 7. Abend: Siegfried. Des Nibelungen dramas dritter Teil ist der vom Publikum gefürchtetste Abend, nicht nur weil jeder Akt von außerordentlicher Dauer ist und sich nur in wenige Szenen gliedert, sondern weil diese Szenen wiederum nur aus Monologen und Dialogen bestehen, welche einen fast epischen Charakter zeigen, hinter dem verborgen das dramatische Schicksal schreitet. Was hat man seinerzeit über das Werk gescholten! Zwei Akte ohne daß ein weibliches Wesen die Bühne betritt! Dialoge zwischen zwei Tenören, zwischen zwei Bässen! Ist der Mann verrückt? Das hat sich nun wohl gebessert, seitdem man Wagners Ziele und vor allem seine musikalische Arbeit verstehen gelernt hat; immerhin haben viele vor Siegfried noch zu viel Respekt, als daß sie sich getrauten, hineinzugehen. Wie unbedeutend solche Jagdstückerei ist, hat die freitägige Vorstellung bewiesen, die die Nutzen reichlich belohnte. Dirigent Dr. J. a. l. o. w. e. s. brachte so frisches Leben in das ganze und hielt so stramme Fucht, daß dem Hörer niemals Ermüdung beschlich, ja sogar die fünfzehnstündige Dauer der Aufführung gar nicht zu Bewußtsein kam. Das vielstimmige Gewebe der „Reitmotive“ war dabei sehr klar, ich möchte sagen vollständig herausgearbeitet, so daß viele vor Wonne anhuben mitzusummen. (Bei dem chromatischen, schwierigeren Schnarhornmotiv des Wurmes unterließ dies zum Glück.) — In „Siegfried“ ist Botanik weder weiternder Schlachtenreiter und Helden, noch verweisefender Sklave der Verträge, sondern schlichter Wanderer und Wunschgewährer, Hilfsreich und Trugenthüller. Dem Wesen Herrn Manowarbas liegt solches Wollen näher, und er konnte diese Seite der Botanikgestalt durch imposante Haltung und einbringlichen Vortrag wirkungsvoll zur Darstellung bringen. Jung Siegfried verlorperte mit großem Erfolg Hans Rasch. Wie hoch steht heute sein Wollungenlohn über dem Springinsfeld, den sein Anstellungsgastspiel ergab! Herzergreifende Freische und überzeugende Natürlichkeit sind geblieben, doch vertiefte Empfindung, verinnerlichte Auffassung haben sie erst wertvoll gemacht. Durch weise Verteilung der stimmlichen Kräfte konnten die Höhepunkte zu mächtiger Geltung gelangen und der Sänger die Riesennolle in schöner Steigerung zu Ende führen. Brännhilde, die in der Walküre in Gestalt der Frau Berthold in Schlaf versetzt worden war, wachte in Siegfried als Frau Fichta wieder auf. Wir wollen über diese Seelenwanderung nicht reden, um so weniger, als Frau Fichta sich die Partie gar wohl zurecht gelegt und gründlich angeeignet hat. Daß sie Jung Siegfried gegenüber etwas geschickt wirkte, ist im Grunde Schuld des Heldenknaben. Den tückischen Nibelungen charakteristischen Ausdruck zu geben, ist den Herren Laber und Fuchs wieder trefflich gelungen; besonders glücklich geriet die Ausarbeitung des Gegenjages: der feigen Verschlagenheit Rimes und der hahndurchglühenden Herrschsucht Alberichs. Fräulein Gert, die die Erde sang, fand für das sinnende Träumen des ewigen Weibes stimmungsvolle Töne, während die atemkonsumierende Partie des Riesen-Wurmes Herr Ludwig und

die Tuben Klangvoll zum Ausdruck brachten. Lebhafter Beifall rief Dirigent und Darsteller wiederholt an die Kasse. — Zutunlichweise ist es im Bericht über die Walküre unterblieben, der stimmlichen und empfindungsreichen Sieglinde Fräulein Müllers zu erwähnen, was hiermit gerne nachgetragen wird. Dr. F. K.

Neues Theater. Heute, den 9.: „Bettestudent“; Montag, den 10.: „Königskinder“; Dienstag, den 11.: „Doktor Stiepley“; Mittwoch, den 12.: „Götterdämmerung“; Donnerstag, den 13.: „Bettestudent“; Freitag, den 14.: „Rigoletto“; Samstag, den 15.: „Reisterfinger von Nürnberg“; Sonntag, den 16.: „Rastelbinder“; Montag, den 17.: „Traviata“.

Kleine Bühne. Heute, den 9.: „Die japanische Puppe.“ (Beste Vorstellung der Spielzeit.)

Bereinsnachrichten.

An die studierende Jugend!

Die Zeit drängt Euch zur Entscheidung! Freiwillig oder unfreiwillig werdet Ihr in den Wirbel der Ereignisse gerissen, müßt die Wahl über Gegenwart und Zukunft treffen. Durch die ganze zivilisierte Welt tobt immer erbitterter der Kampf, der mit dem Beginn unserer Zivilisation begann; der Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter, der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der Kampf, den die Vernunft gegen das Geld führt, ohne Frieden, ohne Kompromiß bis zum Siege des Rechts.

Auf wessen Seite wollt Ihr Studenten kämpfen? Glaubt Ihr, daß Völkerverder und Straßentafelpolitik, daß Kneipen und Wenfux das Heilmittel sind — dann eilet in die Schar der „Deutschvölkischen“ und „Deutschchristlichen“, dann vergefset über dem bunten Rouleauband das Elend der Massen, dann kämpft mit Papier und Schläger gegen den Hunger des Volkes. Oder meint Ihr, man müsse sich dem Schicksal fügen, denn bewahrt Eure Ruhe und Euer behagliches Leben in den Scharen der „deutschfreihwilligen“ und „deutschdemokratischen“ Studenten, verwaßert die reine Idee des Klassenkampfes zum „Interesse für die ärmeren Schichten“, zur bürgerlichen Wohltätigkeit.

Wenn Ihr aber entschlossen seid, rücksichtslos zu kämpfen, und zu arbeiten, unter Opfern und Mühen die Arbeiterschaft zu unterstützen, dann kommt zu uns. Wir wollen keinen „sozialen Frieden“, kein Kompromiß mit der Bourgeoisie, wir wollen den Kampf bis zum Sieg. Wir bieten Euch geistiges Rüstzeug genug: eine sozialistische Bibliothek, umfassende Seminare, wissenschaftliche und politische Vorträge werden Euch eine klare Erkenntnis der Zeit vermitteln.

„Stets mit dem Volk und für das Volk zum klassenlosen Volkstaat!“

Der Ausschuß der freien Vereinigung sozialistischer Akademiker der deutschen Hochschulen in Prag.

Die „Freie Vereinigung“ erteilt Auskünfte über Studien- und Wohnungsverhältnisse in Prag, Beratung und Unterstützung bei der Inskription und bei Gesuchen etc. Anfragen sind zu richten an die Vereinsadresse: Prag II. De Smetzsch 27, 3. St. Fernleitung: Friedr. Wähle, Prag VII. Janovského 978.

Turnen und Sport.

Fußball. Heute spielt die Sparta gegen das norwegische Team.

Schwimmen. Ein neuer Weltrekord Borgs über 500 Meter. In Rom wurde verbesserte Arne Borg den Weltrekord im Schwimmen über 500 Meter im freien Stil auf 6:05.7. — Bei den Deutschen Kampfspielen in Berlin wurden nicht weniger als sechs Rekorde verbessert, u. zw.: 100 Meter beliebig: Heinrich-Weißig 1:03.8 (bisher Breitling-Wagdeburg 1:04.2), 100 Meter Rücken: Frölich-Wagdeburg 1:15.8 (bisher derselbe 1:16.4), 100 Meter Seite: Cramer-Breslau 1:14.2 (bisher Benede-Wagdeburg 1:15.4), 200 M. beliebig: Heinrich-Weißig 2:29.4 (bisher derselbe 2:32.0), 200 Meter Seite: Cramer-Breslau 2:48.8 (bisher Volkmoher-Wagdeburg 2:52.8), 400 Meter Rücken: Overham-Breslau 6:13 Weltrekord (bisher Kellner-Evanbau 6:32.4).

Ein internationales Schachturnier in Teplitz-Schönan. Ein internationales Schachturnier veranstaltet der Deutsche Schachklub Teplitz-Schönan vom 22. September bis 26. Oktober. Bisher wurden 11 Meister verpflichtet, und zwar: Dr. Tarasch, Teichmann, Eriemann, Nicles, Bogosjuboff, Marocz, Johner, Grünfeld, Reti, Dr. Tartakover und Wolf.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Gorman. Druck: Deutsche Zeitungs- und Verlags-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Stöckh. Für den Druck verantwortlich: O. Gollk.

Mitteilungen aus dem Publikum. Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte
M. DEUTSCH
Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25 (Kleiner Bazar).

Amerikanische Addiermaschinen „DALTON“
314 Rechenmaschinen
BRUNSVIGA, MERCEDES
Amerikanische „MONARCH“-SCHREIBMASCHINEN
Vervielfältigungsapparate
SCHAPIROGRAPH
la. Farbbänder und Karbonpapier
„Courant-Spitzmaschinen“
L. u. G. Halphen Prag
Mikul.aska 22/4, Telefon 2342.
Filiale: Wien VI., Köstlergasse 6.
Reparatur aller Bureaumaschinen.

PARKETTEN
Raffinerie & Kistler
Englisch-Bohmen
991

Gummi-Regenmäntel
von 100.— aufwärts laufen sie bestens beim Hersteller Eng. J. Krawal, Dausdorf bei Reichenberg. Verlangen Sie mit Karte unverbindl. bemitt. Anbot.
992

Retten Sie sich
vor der Unmasse schlechte Unterhaltungsschriften indem Sie sich beim Einkauf unserer reichhaltigen Lager reichhaltigen bedien. Wir senden es Ihnen kostenlos zu. Schreiben Sie noch heute an die Buchhandlung Freiheit Kromer & Co., Teplitz Schönan, Theresienlg. 18
zu haben in allen Fern-Verleihen

Tragen Sie der vielen Vorteile wegen PALMA Kautschuk Absätze und Sohlen



Verlangt ausschließlich
Schweineschmalz u. Schweinespeck
Marke Morris Supreme
von der
Morris Packing Company, Chicago.
Vertr.: Wih. Schliesinger & Co., Prag-Karlín.
Offertauschreibung.
Der Verein „Arbeiterheim“ in Freudental Schlesien sucht für seine Restauration zum Antritt für den 1. Oktober l. J. einen künftigen
981
Geschäftsführer.
Bis 31. Juli l. J. können beim Verwalter Rud. Schmidt, „Arbeiterheim“ die Bedingungen eingeholt, bezw. Offerte eingebracht werden.

SANA
MARGARIN HLOUBETIN
Teemargarine
allgemeine
Konsummarke!
E 10

